

Veröffentlichungen der Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* des
Forschungsschwerpunktes *Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse* des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

FS III 99 - 406

**Teilzeitarbeit in Schweden,
Großbritannien und Deutschland**

Individuelle Dynamik und Haushaltskontext
im Ländervergleich

Karin Schulze Buschoff
unter Mitarbeit von Jana Rückert-John

März 1999

Abteilung „Sozialstruktur und
Sozialberichterstattung“
im Forschungsschwerpunkt III

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
• Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin
Telefon 030 - 25 491 - 0

Zusammenfassung

Deutliche Unterschiede zwischen den Erwerbsbeteiligungs- und Teilzeitraten von Frauen zwischen den europäischen Ländern kennzeichnen auch die neunziger Jahre. Ergebnis dieses Papiers ist, daß diese Unterschiede zu einem großen Teil als Effekte unterschiedlicher sozialpolitischer Rahmenbedingungen und Wohlfahrtsregime erklärt werden können. Auf der Basis von Längsschnittdaten dreier Länder (Schweden, Großbritannien und Deutschland), die nach Esping-Andersen (1990) die drei verschiedenen Typen von Wohlfahrtsregimen repräsentieren, haben wir die individuelle Dynamik und den Haushaltskontext von vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Frauen in vergleichender Perspektive analysiert. Dabei gibt es deutliche Belege für die These, daß sich die spezifische Sozialpolitik und Periodeneffekte in den drei Ländern im Erwerbsverhalten von Frauen widerspiegeln.

Summary

Clear differences in the level of women's labour force participation and women's part time rates between European countries continue to exist in the 1990s. The result of this paper is that these differences to a large extent can be explained by effects of social policies and welfare regimes. We analyzed the individual dynamics and the household context of full-time and part-time working women in comparative perspective by using longitudinal data from three countries (Sweden, Britain, Germany) representing the three different types of welfare regimes (Esping-Andersen 1990). There is some evidence for the thesis that specific Swedish, British and German policies and time-period effects are reflected in the different employment behaviour of women.

Teilzeitarbeit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. Individuelle Dynamik und Haushaltskontext im Ländervergleich¹

1 Frauenerwerbsbeteiligung in Europa

1.1 Einleitung

Seit den 70er Jahren sind tiefgreifende Wandlungsprozesse in der Struktur der Arbeitsmärkte in den Ländern der Europäischen Union zu beobachten. Ein Wandlungsprozess besteht in dem Zustrom der Frauen auf die nationalen Arbeitsmärkte, der sich in kontinuierlich steigenden Beschäftigungsraten von Frauen auf europäischer Ebene widerspiegelt, so daß schon von einer „Feminisierung des Beschäftigungssystems“ die Rede ist. Waren in den heutigen 15 EU-Staaten 1975 35% aller Beschäftigten Frauen, so stieg ihr Anteil inzwischen auf 42% (Maier 1997: 15).

Im europäischen Vergleich lassen sich allgemeine Muster in der Entwicklung der Erwerbsarbeit von Frauen erkennen. Eine Gemeinsamkeit bezieht sich auf den engen Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Frauenerwerbsarbeit und den jeweiligen nationalen ökonomischen Wachstumsphasen und strukturellen Wandlungsprozessen auf der Nachfrageseite. Die länderübergreifende wirtschaftliche Aufschwungphase der 70er Jahre und der beginnende strukturelle Wandel bildeten die Grundlage für diese Entwicklung. Der strukturelle Wandel begünstigt die Frauenerwerbsbeteiligung in zweifacher Hinsicht. Zunächst als sektoraler Wandel hin zur Dienstleistungsarbeit, der sich vor allem in den skandinavischen Ländern zu einem regelrechten Boom des Dienstleistungssektors ausgeweitet hat. Gerade im Dienstleistungssektor werden überdurchschnittlich häufig Stellen für Frauen angeboten. Der zweite strukturelle Wandel besteht in der sogenannten Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, die sich in einer Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen abzeichnet. Sie unterscheiden sich im Umfang und in der Lage der Arbeitszeit vom traditionellen „Normalarbeitsverhältnis“, d.h. es sind in erster Linie flexible und deregulierte Arbeitsverhältnisse und Teilzeitarbeit. In einzelnen europäischen Ländern,

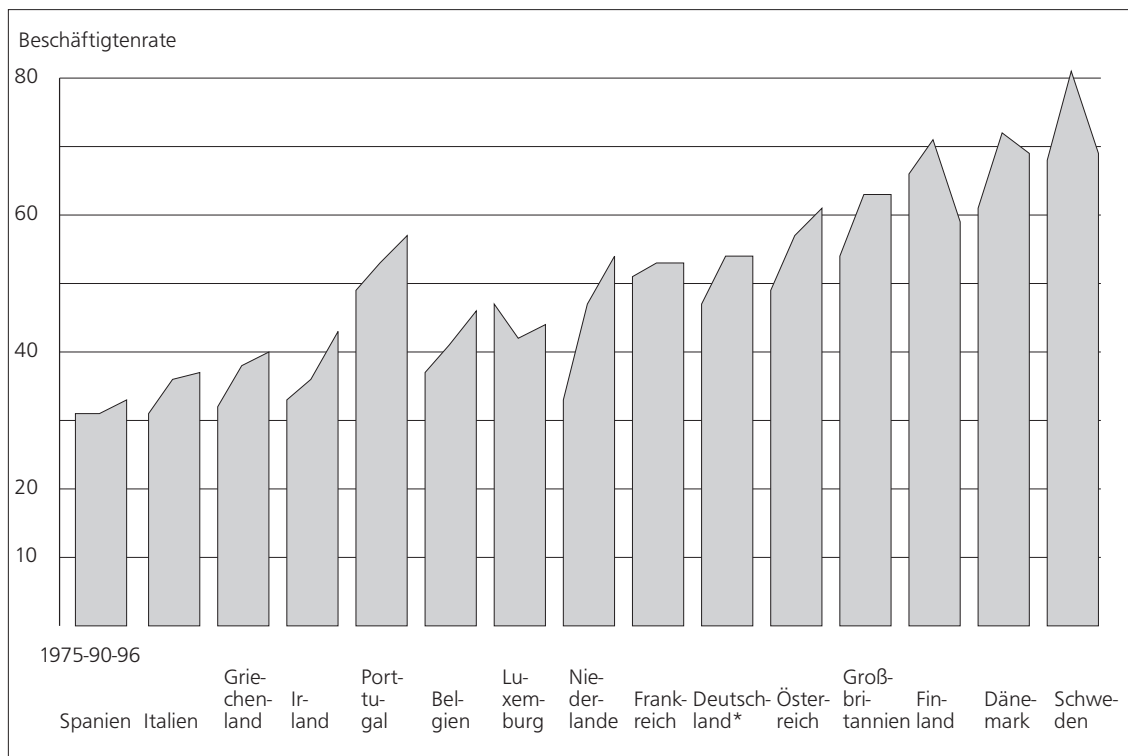
z.B. in den Niederlanden, Großbritannien und Dänemark, liegt heute der Umfang der Arbeitszeiten von über einem Viertel aller Arbeitnehmer/innen unter dem allgemein üblichen Niveau. In allen europäischen Ländern ist die Teilzeitarbeit eine Domäne der Frauen; trotz steigender Teilzeitanteile auch von Männern liegt der Anteil der Frauen an allen Teilzeitbeschäftigten in den einzelnen Ländern der EU zwischen 64% und über 90%.

Weitere Parallelen der steigenden Frauenerwerbsbeteiligung sind im europäischen Vergleich auf der „Angebotsseite“ zu finden. So besteht ein Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit und der Bildungsexpansion, von der in vielen europäischen Ländern insbesondere Frauen profitierten. Mit der Bildungsexpansion eng verknüpft sind insgesamt steigende Qualifikationen von Frauen und, im Zuge von Wertewandel und Individualisierung, veränderte Erwerbsorientierungen von Frauen. Die veränderte Erwerbsorientierung und die gestiegenen Qualifikationen von Frauen haben sich mit der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ergänzt.

Trotz dieser Parallelen in allen Ländern der Europäischen Union darf nicht übersehen werden, daß man von einer Angleichung in der Erwerbsbeteiligung von Frauen noch weit entfernt ist (vgl. Abbildung 1.1). Mitte der 70er Jahre gingen in Dänemark, Finnland und Schweden zwischen 61% und 68% aller Frauen im erwerbsfähigen Alter einer Beschäftigung nach. Damit hatten die skandinavischen Länder im europäischen Vergleich schon in den 70er Jahren die mit Abstand höchsten Frauenbeschäftigungsraten. Mittlere Beschäftigungsraten von Frauen wiesen 1975 Luxemburg, Deutschland, Portugal, Österreich, Frankreich und Großbritannien mit einem Anteil von 47% bis 54% auf. Niedrige Frauenbeschäftigungsraten waren in Spanien, Italien, Griechenland, Irland, den Niederlanden und Belgien zu verzeichnen. Dort lag der Anteil der beschäftigten Frauen 1975 nur bei 31% bis 37%. Von 1975-1996 ist eine vergleichsweise starke Steigerung der Frauenbeschäftigungsrate in den Niederlanden, in Österreich, Belgien, Großbritannien, Irland und Portugal zu beobachten. Eine nur geringe Steigerung gab es dagegen in Spanien, Griechenland und Italien, so daß sich mit Ausnahme von Portugal die in den 70er Jahren relativ niedrigen Frauenbeschäftigungsraten Südeuropas in den 80er und 90er Jahren weitgehend fortsetzten. Eine ebenfalls relativ geringe Steigerung, hier jedoch ausgehend von einem hohen Niveau, weisen die skandinavischen Länder Finnland, Dänemark und Schweden auf. Seit Anfang der 90er Jahre sind die Anteile der Frauenbeschäftigungsraten in diesen Ländern sogar rückläufig. Das trifft auch für Ostdeutschland zu. In Ost- und Westdeutschland gab es unterschiedliche Entwicklungen: Während die westdeutsche Entwicklung seit den 70er Jahren dem Durchschnitt der EU weitgehend entsprach, gab es in Ostdeutschland von 1989 bis 1996 einen massiven Rückgang der Frauenbeschäftigung. Trotzdem ist die Frauenbeschäftigungsrate im Osten immer noch höher als im Westen. Trotz unterschiedlicher Entwicklungsverläufe bleibt die Positionierung der einzelnen Länder innerhalb Europas weitgehend bestehen. 1975 wie 1996 haben die skandinavischen Länder die höchsten und die südeuropäischen Länder die niedrigsten Frauenbeschäftigungsraten.

In allen Ländern der Europäischen Union konzentriert sich die Zunahme der Frauenerwerbsbeteiligung auf Frauen im Alter von 25 bis 49 Jahre und hier vor allem auf Frauen mit Kindern und auf Frauen mit mittleren und höheren Qualifikationen. An die Stelle der

Abb. 1.1: Entwicklung der Beschäftigungsraten von Frauen in Europa 1975 - 1990 -1996



	E	I	G	Irl	P	B	Lux	NL	F	D	A	GB	Fin	Dan	Sw
1975	31	31	32	33	49	37	47	33	51	47	49	54	66	61	68
1990	31	36	38	36	53	41	42	47	53	54	57	63	71	72	81
1996	33	37	40	43	57	46	44	54	53	54	61	63	59	69	69

Beschäftigtenrate: Beschäftigte in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

* Deutschland: ab 1996 einschließlich neue Bundesländer

Quelle: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft: Beschäftigung in Europa 1997, Luxemburg 1997

Erwerbsunterbrechung in der Familienphase tritt in vielen Ländern die Teilzeitbeschäftigung. Die Umrechnung der Erwerbsquoten in Vollzeitäquivalente zeigt, daß in vielen Ländern mit hohen Frauenerwerbsquoten erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede trotz kontinuierlicher Erwerbsbeteiligung der Frauen fortbestehen (Maier 1997: 19).

Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich, wenn der europaweite Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit im Lichte der Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden betrachtet und nicht an der Zahl der Erwerbstätigen gemessen wird. Betrug der Anteil von Frauen an der erwerbstätigen

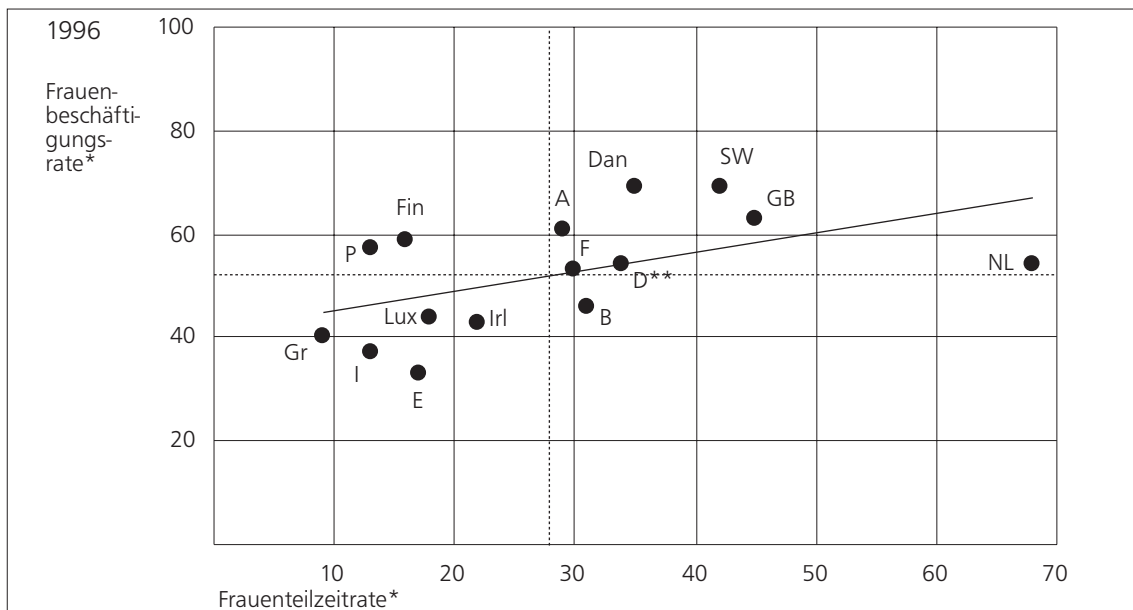
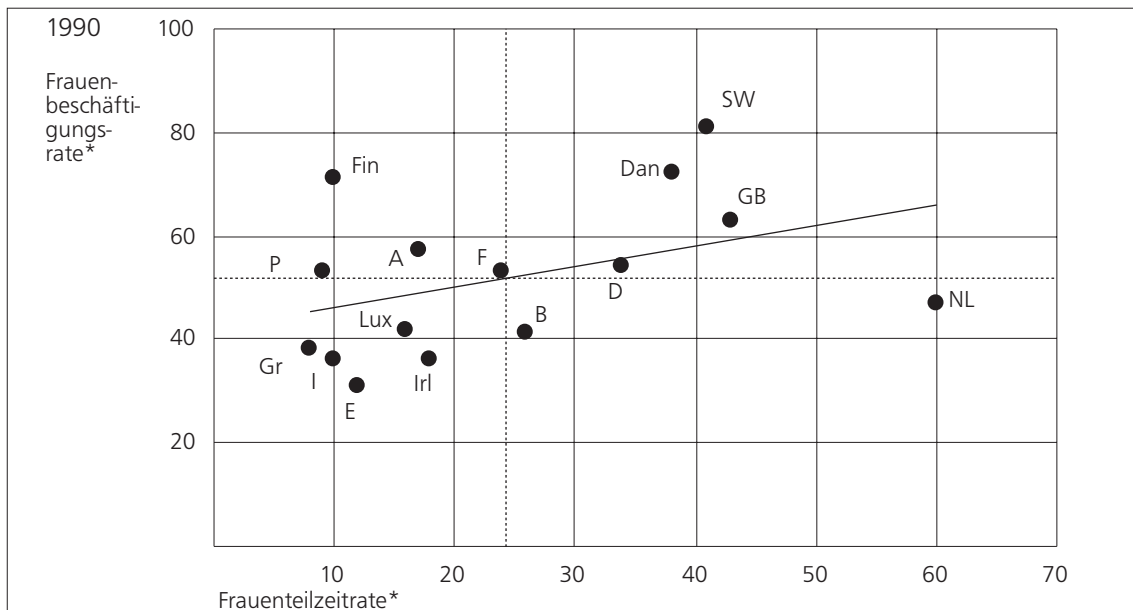
Bevölkerung Europas im Jahre 1993 41%, so wurden doch nur 35% der Gesamtarbeitsstunden von ihnen geleistet (Maruani 1995: 41). Diese Zahl unterstreicht die europaweit steigende Bedeutung der Teilzeitarbeit als Erwerbsform für Frauen.

Die Zunahme der Teilzeitarbeit ist zwar als genereller Trend in Europa zu erkennen, es lassen sich aber deutliche nationale Unterschiede beobachten (vgl. Abbildung 1.2). So finden sich 1996 die höchsten Anteile von Teilzeitbeschäftigung mit mehr als einem Drittel aller beschäftigten Frauen in Großbritannien, Dänemark und den Niederlanden. In den Niederlanden ist sogar deutlich mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit beschäftigt. Mittlere Teilzeitanteile weisen Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg und Irland auf. Im Süden Europas, in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal, liegt der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen nur zwischen 7% und 11%. Zwischen der Frauenbeschäftigungsrate und der Teilzeitrquote besteht ein linearer Zusammenhang. So haben Länder mit hohen Frauenbeschäftigungsraten in der Regel auch hohe Teilzeitraten, was 1996 z.B. für Schweden, Großbritannien und Dänemark zutrifft. Länder mit niedrigen Frauenbeschäftigungsquoten haben dagegen in der Regel auch niedrige Teilzeitquoten, was 1996 z.B. in Griechenland, Spanien und Italien der Fall war. In Portugal und Finnland geht jedoch eine hohe Frauenbeschäftigungsrate mit einer vergleichsweise geringen Teilzeitrquote einher. Die Niederlande fallen dagegen durch eine hohe Teilzeitrquote bei nur mittlerer Frauenbeschäftigungsrate auf.

Insgesamt haben mit der sich europaweit abzeichnenden Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen die Differenzen im Niveau und in der Form der Integration von Frauen zwischen den europäischen Ländern, d.h. in den Erwerbsquoten und im Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen, keinesfalls abgenommen. Der insgesamt steigende Trend der Frauenbeschäftigung und der Teilzeitbeschäftigung von Frauen verlief in den einzelnen Ländern mit unterschiedlichen Wachstumsraten. In den Niederlanden und Großbritannien stieg die Teilzeitbeschäftigung zwischen 1980 und 1990 von einem mittleren auf ein hohes Niveau. In Deutschland gab es Ende der 70er Jahre ein mittleres Niveau von Teilzeitbeschäftigung und eine nur geringe Steigerung in den 80er Jahren. Ausgehend von einem niedrigen Niveau waren in Griechenland, Italien und Spanien in den 80er und 90er Jahren ebenfalls nur geringe Steigerungen der Teilzeitraten zu verzeichnen. Eine andere typische Entwicklung besteht in der Zunahme der Vollzeitarbeit von Frauen. Hier sind in erster Linie Portugal und Finnland zu nennen.

Der Teilzeitarbeit kommt demnach für die Integration von Frauen in die Erwerbstätigkeit in verschiedenen europäischen Ländern unterschiedliche Bedeutung zu. Damit stellt sich die Frage, wie die nationalen Unterschiede in der Verbreitung von Teilzeitarbeit zu erklären sind. Ursachen für die länderspezifischen Differenzen in den Beschäftigungs- und Teilzeitraten von Frauen werden im folgenden von der Angebots- und der Nachfrageseite aus beleuchtet. In den folgenden Abschnitten werden Einflußgrößen für das Erwerbsverhalten von Frauen aus „mikro“- und aus „makro“-soziologischer Perspektive beschrieben.

Abb. 1.2: Beschäftigungs- und Teilzeitraten von Frauen in Europa



	E	I	G	Irl	P	B	Lux	NL	F	D	A	GB	Fin	Dan	Sw
1990	12	10	8	18	9	26	16	60	24	34	17	43	10	38	41
1996	17	13	9	22	13	31	18	68	30	34	29	45	16	35	42

* Beschäftigungsrate: Beschäftigte in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter; Teilzeirate: Teilzeitbeschäftigte in Prozent der Beschäftigten insgesamt

** Deutschland: ab 1996 einschließlich neue Bundesländer

Quelle: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft: Beschäftigung in Europa 1997, Luxemburg 1997

1.2 Individuelle (mikrosoziologische) Einflußgrößen

Der Fokus einiger sozialwissenschaftlicher Forschungsarbeiten über die Ursachen der Unterschiede im Erwerbsverhalten liegt auf der Erwerbsneigung und -entscheidung aus der Sicht des Individuums. Individuelle und familiäre Faktoren (z.B. Bildungsgrad, Familienstand, Alter und Anzahl der Kinder, Arbeitszeitpräferenz) bilden bei dieser Sichtweise die determinierenden Erklärungsgrößen für das Erwerbsverhalten.

Von einigen Autoren wird die zentrale Bedeutung des allgemein gestiegenen Bildungsniveaus zur Erklärung des Erwerbsverhaltens von Frauen betont (Blossfeld 1995; Blossfeld, Hakim 1997; Hakim 1993, 1997; Becker 1985). In der These der „zunehmenden Bedeutung der Bildungsinvestition“ gehen Blossfeld und Hakim davon aus, daß besser qualifizierte Frauen ihre Vollzeitbeschäftigung kontinuierlicher im Erwerbsverlauf fortsetzen als geringer qualifizierte (Blossfeld, Hakim 1997). So nehmen sie ihre Berufskarriere, die sie aufgrund familiärer Ereignisse unterbrochen haben, relativ bald wieder auf. Die Bildungsexpansion in modernen Gesellschaften, so konstatieren die Autoren, steigert das Interesse von Frauen an einer Erwerbstätigkeit in allen Phasen des Familienzyklus bzw. in allen Alterskohorten. „These developments lead to a continuous reevaluation of the role of women in modern society and to an increasing supply of women’s part-time and full-time work in all phases of the family cycle ...” (Blossfeld, Hakim 1997: 11).

In dem ökonomischen Ansatz Beckers ist die individuelle „Nutzenmaximierung“ eine zentrale Größe. Becker geht zur Erklärung des menschlichen Verhaltens davon aus, daß das Individuum über ausreichende Informationen verfügt und somit rational handelt, mit dem Ziel, den eigenen Nutzen zu maximieren. Den Handlungsentscheidungen liegen dabei Abwägungen über monetäre und psychische Kosten zugrunde. Institutionen spielen für die Handlungsentscheidung nur insoweit eine Rolle, als sie Kosten minimieren oder steigern können. Als Vertreter der „human capital“-Theorie geht er auch bei Partnerschaften bzw. Ehen von einer Nutzenmaximierung als gemeinsames Ziel beider Partner aus. Art und Umfang der Arbeitsteilung der Partner mit dem Ziel der Nutzenmaximierung ergibt sich aus den Investitionen in ihr Humankapital. Ein niedrigeres Niveau der Löhne von Frauen im Vergleich zu Männern am Arbeitsmarkt führt zu einer Spezialisierung der Partner. Infolgedessen spezialisiert sich der Mann auf die Erwerbsarbeit, während die Frau sich auf Hausarbeit und Kindererziehung konzentriert. Becker geht davon aus, daß die Partner diese Arbeitsteilung antizipieren und sieht daher eine Gesamteffizienz des familiären Zusammenlebens gewährleistet.

Eine hohe Bildungsinvestition von Frauen führt jedoch dazu, daß sich die Kosten-Nutzen-Abwägung zu Lasten des Aufschubs der Geburt oder des Verzichts auf Kinder und zugunsten einer kontinuierlichen (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit verschiebt. Auch für Hakim (1993) stellt die Bildungsinvestition eine zentrale Größe zur Erklärung des Erwerbsverhaltens und der Erwerbspräferenzen von Frauen dar. Die individuelle Präferenz von Frauen entscheidet ihren Überlegungen zufolge über die Zugehörigkeit zu einer der folgenden zwei

Gruppen. Für Frauen der ersten Gruppe hat die berufliche Karriere einen hohen Stellenwert, sie investieren deshalb in Bildung und Qualifikation und arbeiten in höherqualifizierten Berufen und besserbezahlten Stellen. Sie geben der Erwerbsarbeit vor der Mutterschaft den Vorrang. Frauen der zweiten Gruppe bevorzugen dagegen Mutterschaft und häusliche Aktivitäten. Sie investieren daher weniger in ihr „Humankapital“, sind nicht-erwerbstätig oder arbeiten Teilzeit und sind durch den „Hauptverdienst“ des Ehemannes abgesichert. Ihre Teilzeitstellen weisen geringere Qualifikationsanforderungen auf und werden schlecht bezahlt.

Hakim spitzt diese Polarisierung auf die These zu, daß Teilzeitarbeit ein guter Maßstab sei, um unter den erwerbstätigen Frauen die „grateful slaves“ von den „self-made women“ zu unterscheiden. Ihrer Argumentation folgend unterscheiden sich Teilzeit arbeitende von Vollzeit arbeitenden Frauen in bezug auf Werte und Vorstellungen zu den Lebensbereichen Erwerbsarbeit und Familie. Frauen, die Teilzeit arbeiten, sind in ihren Wertvorstellungen über die häusliche Rolle der Frau und in ihrer Erwerbshaltung traditioneller orientiert als Frauen mit einer Vollzeiterwerbstätigkeit. In der Partnerkonstellation stellt der Ehemann den „Brotverdiener“ dar, während die Ehefrau durch die Teilzeitbeschäftigung lediglich einen „Zuverdienst“ erwirtschaftet und weiterhin für den Haushalt verantwortlich ist. Vollzeit erwerbstätige Frauen lehnen hingegen ein derartiges Rollenverständnis ab und favorisieren gleichberechtigte Rollen der Partner.

In kürzlich abgeschlossenen Forschungsarbeiten haben wir einige Faktoren aufgegriffen, die in den obengenannten sozialwissenschaftlichen Forschungsarbeiten als zentrale Einflußgrößen für das Erwerbsverhalten von Frauen angeführt werden. Mit Hilfe eines „LISREL“-Modells haben wir versucht, die unterschiedliche Bedeutung spezifischer Lebenssituationen und Wertorientierungen von Frauen für ihr Erwerbsverhalten im europäischen Vergleich zu beleuchten. Bei den untersuchten Einflußgrößen handelt es sich um die Familienbindung, den sozioökonomischen Status (d.h. Bildung, Schicht und Einkommen), die Familienorientierung und darüber hinaus um die Wirtschaftsbranche, in der eine Frau beschäftigt ist. Der Schwerpunkt der Analysen lag somit auf Faktoren der „Mikroebene“, d.h. auf individuellen Faktoren (z.B. Bildungsgrad, Familienstand, Alter und Anzahl der Kinder, Arbeitszeitpräferenz), die als determinierende Einflußgrößen für das Erwerbsverhalten von Frauen angenommen wurden. Eine These, die mit der empirischen Analyse belegt wird, lautet, daß diese Einflußgrößen je nach Landeszugehörigkeit der Frauen unterschiedliche Bedeutung für ihr Erwerbsverhalten haben. Zugespitzt besagt die These, daß in den westeuropäischen Ländern, in denen die Teilzeitarbeit stärker als in den südeuropäischen Ländern verbreitet ist, eine Charakterisierung von „typischen“ teilzeitbeschäftigten Frauen möglich ist. Belegt wird auch, daß sich in den westeuropäischen Ländern ein bestimmter „Teilzeittyp“ unter den beschäftigten Frauen etabliert hat, der sich durch einen vergleichsweise geringen sozioökonomischen Status, eine hohe Familienorientierung und Familienbindung deutlich von den Vollzeit erwerbstätigen und Vollzeit präferierenden Frauen unterscheidet. Die empirischen Analysen zeigen ferner, daß sich im Gegensatz zu Westeuropa in Südeuropa kein „Teilzeittyp“ mit charakteristischen individuellen Merkmalen etabliert hat (Schulze Buschhoff, Weller, Rückert 1998).

1.3 Makrosoziologische Einflußgrößen

Ziel der folgenden empirischen Analysen ist es ebenfalls, die länderspezifischen Unterschiede in der Verbreitung der Teilzeitarbeit in Europa näher zu beleuchten. Dabei wird an dieser Stelle jedoch die Bedeutung der Faktoren der „Makroebene“ betont. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, daß die von Land zu Land unterschiedliche Bedeutung der Teilzeitarbeit für Frauen über individuelle Faktoren hinaus von einer Vielzahl von national variierenden Kontextbedingungen abhängt: von normativen Prämissen für die Rolle der Frau in Beruf und Familie, von arbeitsmarktpolitischen Faktoren, d.h. der Nachfrage nach Teilzeitarbeit und den Arbeitsbedingungen, von finanziellen Aspekten, d.h. Entlohnung, Zuwendungen, Steuer- und Rentensystem, von sozialpolitischen und infrastrukturellen Regelungen, z.B. der Dauer und den Rahmenbedingungen von Mutterschafts- und Erziehungsurlaub, dem Umfang und dem Zugang zur außerfamilialen Kinderbetreuung für Kinder im Vorschulalter, der Organisation des Schultages, den Betreuungsmöglichkeiten für schulpflichtige Kinder nach Schulschluß usw.

All diese genannten, national variierenden Kontextbedingungen stehen in Zusammenhang mit der wohlfahrtsstaatlichen Politik eines Staates bzw. sind Ausdruck oder Ergebnis eines Wohlfahrtsregimes. Für den folgenden exemplarischen Vergleich von wohlfahrtsstaatlichen Kontexten der Teilzeitarbeit wurden von den europäischen Ländern Deutschland, Großbritannien und Schweden ausgewählt. Die Auswahl dieser drei Länder erfolgte in Anlehnung an die Typologie von Wohlfahrtsregimen von Esping-Andersen (1990). Nach dieser Typologie repräsentiert Deutschland das konservativ-korporatistische Wohlfahrtsregime, das durch die Sozialpolitik die „traditionelle“ Familie in hohem Maße schützt. Das Modell der „Ernährerehe“ wird begünstigt, indem die Erwerbsbeteiligung von Männern als den Hauptverdienern der Familie unterstützt, die Erwerbsbeteiligung von Frauen dagegen zugunsten ihrer Zuständigkeit für Kinder und Haushalt begrenzt wird. Den Gegenpol dazu bildet Schweden als Prototyp des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes. In Schweden wird eine wohlfahrtsstaatliche Politik betrieben, die auf einer Ideologie der individuellen Verantwortung und einer egalitären Verteilung der Geschlechterrollen basiert und die Zwei-Verdiener-Familie begünstigt. Ein dritte Kategorie, zu der Großbritannien gehört, ist das liberale oder residuale Wohlfahrtsregime. Im Vergleich zum konservativ-korporatistischen und zum sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime existiert kaum staatliche Unterstützung für Familien mit Kindern. Kinder zu haben, wird als private Angelegenheit der Eltern betrachtet.

Erwerbsbeteiligung und Sozialpolitik in Schweden, Großbritannien und Deutschland

Einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis national unterschiedlichen Erwerbsverhaltens von Frauen leisten Beiträge, die nach der Legitimation der variierenden institutionellen und politischen Rahmenbedingungen fragen und zur Erklärung tief in der Gesellschaft verankerte normative Prämissen, Wertvorstellungen und Rollenzuweisungen anführen. So mißt Pfau-Effinger dem Faktor „Kultur“ zur Erklärung der Unterschiede in der Erwerbsneigung und im Erwerbsverhalten von Frauen in den europäischen Ländern ein starkes Gewicht zu. Die Erwerbsneigung von Frauen sei nicht nur ein Reflex auf institutionelle Rahmenbedingungen, sondern zum erheblichen Teil durch die national variierenden kulturellen Leitbilder einer wünschenswerten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern determiniert: „Die entscheidende Ursache für länderspezifische Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen liegt, so meine These, in tief verankerten gesellschaftlichen Geschlechter-Arrangements in bezug auf Geschlechterrollen und -identitäten, die im Ländervergleich differieren“ (Pfau-Effinger 1996: 464). Kulturelle Besonderheiten und historisch gewachsene Normalitätsannahmen spiegeln sich im spezifisch nationalen Verpflichtungsverhältnis der Geschlechter, der Generationen und von Bürgern und Staat wider.

Auch Ostner betont, daß historisch nachvollziehbare, national differierende Positionen auch heute noch deutlich erkennbare, unterschiedliche „Geschlechterordnungen“ begründen: „Auffassungen darüber, was der rechte Ort von Frauen und Männern und die Aufgabe von Eltern und Kindern, Familie und Staat sei“ (Ostner 1995b: 8). Sie beschreibt, wie sich die unterschiedlich akzentuierten Vorstellungen von der Arbeitsteilung der Geschlechter in den EU-Ländern in unterschiedlicher Weise als „Geschlechterordnungen“ in den nationalen Sozialpolitiken manifestieren. Nicht nur in dem konservativen Wohlfahrtsstaat Deutschland herrschte nach dem Zweiten Weltkrieg die Vorstellung vor, daß der Mann Haupternährer der Familie sein soll. Mehr oder weniger stark beeinflusste die Norm des „starken Ernährer-Ehemannes“ („male breadwinner“) die Entwicklung der Sozialpolitik in den meisten europäischen Wohlfahrtsstaaten. Die länderspezifische Verankerung dieser Norm gibt Aufschluß über Art und Umfang der Erwerbsbeteiligung von Frauen, über ihre Stellung in sozialen Sicherungssystemen und darüber hinaus auch über Aufgaben der Familie in der Gesellschaft, z.B. den Umfang der Betreuung von Kindern, alten Menschen und Kranken (Ostner 1995a: 60). Ostner konzeptualisiert zwei Ansätze, den des „männlichen Ernährermodells“ und den der „weiblichen Familienpflichten“. Für den erstgenannten Ansatz unterscheidet sie anhand der Kriterien „Müttererwerbsarbeit“ (kontinuierlich vs. diskontinuierlich, Vollzeit vs. Teilzeit) und „Soziale Sicherung“ (eigenständig, kombiniert oder abgeleitet) idealtypisch nach „starkem“, „moderatem“ und „schwachem“ männlichen Ernährermodell. Kriterien für den Ansatz der „weiblichen Familienpflichten“ sind die Anzahl der öffentlichen Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren und für Kinder zwischen drei und sieben Jahren sowie die Möglichkeiten der Pflege im Alter (privat vs. staatlich).

Dieser idealtypischen Zuordnung zufolge sind Deutschland und Großbritannien dem „starken“ männlichen Ernährermodell (mit entsprechend „starken“ weiblichen Familienpflichten) und Schweden dem „schwachen“ Ernährermodell (mit entsprechend „schwachen“ weiblichen Familienpflichten) zuzuordnen (Ostner 1995a: 61). Ostner räumt jedoch ein: „Idealtypen kommen in der Wirklichkeit nur annäherungsweise vor. Großbritannien, die Niederlande, Deutschland oder Irland z.B. folgen im großen und ganzen der „starken“ Norm und dies zugleich in einer jeweils spezifisch nationalen Spielart. Die überwiegende Mehrheit dieser Frauen ist diskontinuierlich erwerbstätig und in starkem Maße - vor allem bei Krankheit und Alter - auf über den Partner erworbene, abgeleitete Sicherungsleistungen angewiesen“ (Ostner 1995a: 62).

Ähnlich wie Ostner operationalisiert auch Sainsbury (1994) ein Modell der Ernährerehe (Breadwinner Model); sie stellt dem jedoch ein Individual-Modell (Individual Model) gegenüber. Wesentliche ideologische Elemente einer Sozialpolitik, die das Erwerbsverhalten von Frauen beeinflussen, sind in Tabelle 1.1 in Anlehnung an Sainsbury zusammengefaßt. Zwar finden sich Elemente dieser Modelle in allen europäischen Ländern, mit Sicherheit kann aber davon ausgegangen werden, daß das Modell der Ernährerehe in Deutschland größere Evidenz hat als in Schweden und in Großbritannien, dagegen das Individualmodell in Schweden evidentester ist (Gustafsson et al. 1996). Großbritannien ist dazwischen anzusiedeln. Der größte Unterschied zwischen Großbritannien und den anderen beiden Ländern ist jedoch, daß es in Großbritannien insgesamt wenige sozialpolitische Maßnahmen gibt, die die Erwerbsbeteiligung von Frauen aktiv begünstigen bzw. beschränken.

Der derzeit prominenteste Ansatz zur Klassifikation von länderspezifischen Grundlagen, die auf normativen Prämissen und Werten basieren und zur Typisierung der Wohlfahrtsgesellschaften führen, stammt von Esping-Andersen (1990). Er stellt die wohlfahrtsstaatliche Politik ins Zentrum seiner Klassifikation und unterscheidet idealtypisch drei Wohlfahrtsregime: das liberale, das konservativ-korporative und das sozialdemokratische, wobei Großbritannien mit zunehmender Tendenz dem ersten, die Bundesrepublik Deutschland dem zweiten und Schweden dem dritten Typ entsprechen.

Die Wohlfahrtsregime unterscheiden sich in bezug auf die Behandlung von sozialer Ungleichheit durch die Sozialpolitik, wobei das Ausmaß der „Dekommodifizierung“ ein wichtiger Maßstab ist. „Dekommodifizierung“ bedeutet, daß für Individuen und Familien die Möglichkeit besteht, einen bestimmten Lebensstandard auch ohne Teilnahme am Arbeitsmarkt aufrechtzuerhalten. Je mehr Optionen es gibt, aus dem Arbeitsmarkt auszuweichen und je dauerhafter und bereitwilliger sie gewährt werden, desto höher ist der Grad der „Dekommodifizierung“. Am stärksten „dekommodifizierend“ ist die Sozialpolitik in den sozialdemokratischen und am geringsten in den liberalen Wohlfahrtsregimen. Esping-Andersen zufolge werden durch die verschiedenen Wohlfahrtsregime auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und in deren Folge die Erwerbsbeteiligung von Frauen beeinflusst. Zum Beispiel fördert und schützt die Sozialpolitik der konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsregime die Familie unter anderem dadurch, daß vorrangig die Erwerbsbeteili-

Tabelle 1.1: Dimensionen des Modells der Ernährerehe und des Individual-Modells in der Sozialpolitik

Dimension	Modell der Ernährerehe (Breadwinner Model)	Individual-Modell (Individual Model)
Familienideologie	Strikte Arbeitsteilung der Geschlechter, der (Ehe-)Mann ist der Hauptverdiener und Haupternährer, die (Ehe-)Frau ist für Haushalt und Kinder zuständig	Rollenteilung, der (Ehe-)Mann und die (Ehe-)Frau sind beide gleichermaßen für Erwerbsarbeit und Privatbereich zuständig
Beschäftigungs- und Lohnpolitik	Prioritäten für Männer	Auf Männer und Frauen gleichermaßen ausgerichtet
Empfänger von Zuwendungen und Vergünstigungen	Haushaltsvorstand	Individuum
Steuer	Gemeinsame Steuerberechnung und Vergünstigungen für Ehepaare	Eigenständige Steuerberechnung für das Individuum
Sphäre der Betreuung von Kindern und Alten	Hauptsächlich privat, in der Familie	Starke staatliche Beteiligung
Betreuungsarbeit	Unbezahlt	Bezahlte Komponenten

Quelle: Sainsbury 1994.

gung von Männern als den Haupternährern der Familie begünstigt, die Erwerbsbeteiligung von Frauen aber zugunsten ihrer Zuständigkeit für Kindererziehung und Haushalt begrenzt wird.

Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime basiert dagegen auf dem Prinzip, daß sich Männer und Frauen gleichermaßen am Erwerbsleben beteiligen können. Dies wird unter anderem durch ein umfassendes staatliches Dienstleistungsangebot ermöglicht, mit dem der Staat einen großen Teil der Frauenarbeitsplätze bereitstellt. Unterstützungs- und Lohnersatzleistungen werden bei Krankheit, Elternschaft oder Erwerbslosigkeit großzügig gewährt. Im Vergleich zu den anderen Wohlfahrtsregimen hat die Sozialpolitik des liberalen Staates, der seinen Bürgern nur wenig Ausstiegsmöglichkeiten aus der Erwerbsarbeit gewährt, eher eine residuale Funktion. Hier ist der Markt die zentrale Instanz zur Vermittlung von Lebenschancen und zur Regulierung der Erwerbschancen und der Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Nationale Besonderheiten und Periodeneffekte

Die obengenannten Typologien sind Idealtypen, die nationale Besonderheiten der Sozialpolitik und der Erwerbsbeteiligung von Frauen unberücksichtigt lassen. Auf nationale Besonderheiten in Deutschland, Großbritannien und Schweden und auf die in den Analysezeitraum 1984-1996 fallenden relevanten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Entwicklungen wird im folgenden eingegangen (vgl. Tabelle 1.2).

Deutschland

Normatives und familienpolitisches Leitbild des konservativen Wohlfahrtsstaates Bundesrepublik ist seit seiner Entstehung die starke Form der „Ernährerehe“, das als Fundament das Normalarbeitsverhältnis des Ehemannes vorsieht, der damit die materielle Versorgung der Ehefrau und Kinder sicherstellen soll. Die als Hausfrau tätige oder halbtags erwerbstätige Ehefrau ist dagegen allein für die private Sphäre der Familie, d.h. für die Kinderbetreuung und den Haushalt zuständig.

Das normative Leitbild der starken Ernährerehe ist, auch in Form des komplementären männlichen Normalarbeitsverhältnisses, zum beschäftigungspolitischen Maßstab und zur Grundlage arbeits- und familienrechtlicher Regelungen geworden. Ernährerehe und Normalarbeitsverhältnis sind bis heute durch die Sozialpolitik unterstützte gesellschaftliche Realität. Eine Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen war von der Arbeitsmarktpolitik nie intendiert. Zwar ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen seit Mitte der 70er Jahre gestiegen, die Steigerung fällt im Vergleich zu Schweden und zu Großbritannien jedoch eher verhalten aus² (Schunter-Kleemann 1992: 159, 383).

Nahezu der gesamte Zuwachs der Erwerbsbeteiligung von Frauen entfiel auf die Teilzeitbeschäftigung. Die Teilzeitbeschäftigung hat sich in den letzten Jahrzehnten zur typischen Erwerbsform von verheirateten Frauen mit Kindern etabliert. Teilzeitbeschäftigte Mütter sind weiterhin für Kinder und Haushalt zuständig und auf den „Hauptverdienst“ des Mannes angewiesen. Somit hat die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen die konservative geschlechtsspezifische Aufgabenteilung in der Ernährerehe nur leicht modifiziert bzw. modernisiert.

Auch in anderen Ländern, z.B. in den Niederlanden und in Großbritannien, in denen Frauen während der Mutterschafts- und Familienphase traditionellerweise nicht erwerbstätig waren, hat die Teilzeitarbeit einen besonderen Aufschwung erlebt. Niedrige Erwerbsquoten und hohe Teilzeitraten von Frauen im Haupterwerbsalter fallen hier zusammen: „Für die meisten Frauen im gebärfähigen Alter ist die beste Alternative entweder Rückzug in die Nicht-Erwerbstätigkeit oder in die Teilzeitarbeit“ (Maruani 1995: 42).

Tabelle 1.2: Sozialpolitische Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Kriterium	Deutschland*	Großbritannien	Schweden
<i>Wohlfahrtsstaatstyp nach Esping-Andersen (1990)</i>	<i>Konservativ-korporatistisch</i>	<i>Liberal</i>	<i>Sozialdemokratisch</i>
<i>Mutterschutz/Elternurlaub</i>			
Elternschutzfrist Dauer (1996)	14 Wochen Mutterschutz	18 Wochen Mutterschutz	65 Wochen, zwischen den Eltern teilbar
Elternschutzfrist, bezahlter Anteil des bisherigen Lohnes (1996)	100%	45%	75% unabhängig vom Schwangerschaftsgeld (höchstens 50 Tage, wie Krankengeld)
Elternurlaub (1996) (Freistellung von der Erwerbsarbeit eines Elternteiles mit Arbeitsplatzgarantie)	Bis zum 36. Lebens- monat des Kindes, ohne Lohn-ersatzleistung, für die ersten 24 Monate bis zu 600.- DM staatlich finanziertes Erziehungs- geld monatlich (Höhe ist einkommensabhängig)	Insges. 10 Monate, ohne Lohnersatzleistun- gen oder Zuwendungen vom Staat, nur für Mütter, ohne Arbeits- platzgarantie in Betrie- ben mit über 50 Beschäftigten, 1992 eingeführt	18 Monate, siehe Elternschutzfrist, bis zum 8. Lebensjahr des Kindes möglich
<i>Kinderbetreuung</i>			
Versorgungsquote mit öffentlich subventionierten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 3 Jahren (1995)	Unter 5%	Unter 5%	30%
Versorgungsquote mit öffentlich subventionierten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ab 3 Jahre bis zum Einschulungsalter (1995)	60% (halbtags)	19% (halbtags)	80% (ganztags)
<i>Schultag</i>			
Einschulungsalter	6 Jahre	5 Jahre	7 Jahre, seit 1994 auch mit 6 Jahren möglich
Dauer des Schultages	Vormittags 4 bis 6 Stunden, ohne Mittagspause	6 bis 7 Stunden, Mittagspause in der Schule	3 bis 8 Stunden (mit zunehmendem Alter mehr), Mittagspause in der Schule
Anteil der öffentlichen Einrichtungen für Schulkinder (1995)	5%	Unter 5%	64% Sechsjährige in der Vorschule

* Zahlen für Westdeutschland

Quellen: Gustaffson et al. 1996: 229; Ostner 1995a: 61; Lohkamp-Himminghofen 1994: 9; Gauthier 1996: 174ff.; Europäische Kommission 1996: 64; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) 1998: 93.

Die Vollzeitwerbstätigkeit von Frauen wird durch sozialpolitische Regelungen und das Steuersystem des deutschen Wohlfahrtsstaates erschwert. Mutterschaft und die Kinderbetreuung in der privaten Sphäre der Familie sind in hohem Maße geschützt, die öffentliche Betreuung von Kindern im Vorschulalter ist analog dazu wenig verbreitet. Die Organisation des Schultages mit vier bis fünf Stunden Unterricht am Vormittag ohne eine Mittags- und Nachmittagsbetreuung der Kinder ist eine weitere infrastrukturelle Hürde, die die Erwerbsbeteiligung von Müttern nur in Form von vormittäglicher Halbtagsbeschäftigung möglich macht. Das deutsche Steuersystem benachteiligt Eheleute, die beide Vollzeit arbeiten, es bevorteilt jedoch die Nicht-Erwerbstätigkeit bzw. die Teilzeiterwerbstätigkeit der Ehefrau. Daneben sind zum Beispiel der Erziehungsurlaub und die rentenrechtliche Anerkennung von Kindererziehungszeiten weitere Faktoren, die die Entscheidung von Frauen, nach der Geburt eines Kindes entweder aus dem Erwerbsleben auszuschneiden oder nach einer Erwerbspause Teilzeit zu arbeiten, begünstigen.

Insgesamt gibt es zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur wenig sozialpolitische und infrastrukturelle Unterstützung, statt dessen wird ein Phasenmodell begünstigt, das auf ein zeitliches Nacheinander von Familienphase und Berufsphase basiert. Auf das Gebärverhalten von Frauen scheint das propagierte Phasenmodell keinen positiven Einfluß zu haben. Im europäischen Vergleich sind die Geburtenziffern niedrig. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau betrug in der Bundesrepublik (West) 1990 1,3 (1970: 2,0), in Schweden 2,1 (1970: 2,4) und in Großbritannien 1,8 Kinder (1970: 2,4) (Schunter-Kleemann 1992: 337ff.)

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 bedeutete, daß ostdeutsche Institutionen und sozialpolitische Regelungen, die die Berufstätigkeit von Müttern ermöglichten, durch westdeutsche Standards ersetzt wurden. Während sich für westdeutsche Frauen wenig änderte, wurde es für ostdeutsche Frauen schwieriger, Familie und Beruf zu vereinbaren. Trotzdem ist ihre hohe Erwerbsneigung ungebrochen. Sie halten an der Vorstellung fest, auch in Kinderbetreuungsphasen kontinuierlich und möglichst Vollzeit erwerbstätig zu sein. „The behavior of East German women bears more similarity to the behavior of Swedish women, which is another indication that institutions or the legacy of institutions matters” (Gustafsson et al. 1996: 241).

Mit der Vereinigung war zunächst ein wirtschaftlicher Aufschwung verbunden. Im Jahre 1990 konnte die Bundesrepublik (West) das höchste Wirtschaftswachstum seit rund 15 Jahren verzeichnen (Promberger et al. 1996: 23). Dieser Aufschwung währte nur kurz und mündete schließlich 1993 in die schwerste Nachkriegsrezession Deutschlands, die mit einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit einherging. Von der Arbeitslosigkeit war vor allem Ostdeutschland betroffen, und hier besonders die Frauen. Dramatisch war auch der Rückgang der Geburtenzahlen in Ostdeutschland, die Anfang der 90er Jahre noch weit unter die ebenfalls schon niedrigen Zahlen der Geburten in Westdeutschland rutschten, sich aber seit Mitte der 90er Jahre zu stabilisieren begannen (Mau, Zapf 1998: 4). Zwar ist auch der Beschäftigungseinbruch nicht mehr so massiv wie auf dem Tiefpunkt der Rezession,

aber auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat er deutliche Spuren hinterlassen. Noch immer ist es nicht gelungen, das Problem der Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland zu entschärfen.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird den Frauen in Deutschland durch eine verschärfte Konkurrenz um Arbeitsplätze im Ergebnis der massiven Beschäftigungskrise erschwert. Die Arbeitslosigkeit ist dabei nicht nur Folge der deutschen Vereinigung. In Westdeutschland stiegen die Arbeitslosenzahlen mit den ökonomischen Krisenerscheinungen, die bereits Ende der 70er Jahre einsetzten. Um die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes zu erhalten, kamen in der Folgezeit umfassende „Deregulierungs“-Maßnahmen zum Tragen. Infolge der Deregulierung haben sich „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse ausgebreitet, darunter vielfältige Formen geringfügiger und flexibler Beschäftigung. Die „geringfügige Beschäftigung“ hat vor allem in den 90er Jahren einen signifikanten Anstieg erfahren. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten, die regulär weniger als 15 Stunden in der Woche arbeiten, hat sich in Westdeutschland in nur fünf Jahren von 11% im Jahr 1991 auf 22% im Jahr 1995 verdoppelt (vgl. O'Reilly, Bothfeld 1998: 7). Für Frauen, die den Großteil der geringfügig Beschäftigten stellen, ist damit die Gefahr gewachsen, in schlecht bezahlte, sozialversicherungsfreie und unqualifizierte Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt zu werden. Das gilt aufgrund der eingeschränkten zeitlichen Verfügbarkeit vor allem für Frauen mit Kindern.

Großbritannien

Ähnlich wie in Deutschland gilt auch in Großbritannien die „starke“ Ernährerehe als handlungsleitende Norm - anknüpfend an liberale Traditionen jedoch in einer „marktförmigen“ Variante. Das bedeutet, daß auch die private Sphäre der Familie dem „freien Spiel des Marktes“ überlassen wird und der Staat weder regelnd noch unterstützend eingreift. Dementsprechend fehlen weitgehend sozialpolitische Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, es gibt zum Beispiel nur wenig öffentliche Kinderbetreuung und im europäischen Vergleich eher bescheidene Mutterschutz- und Erziehungsurlaubsregelungen.

Das liberale Wohlfahrtsregime Großbritanniens setzt Müttern kaum Anreize, sich am Erwerbsleben zu beteiligen. Trotz fehlender aktiver Maßnahmen durch die Sozialpolitik ist die Frauenerwerbstätigkeit (sowohl in Form von Teilzeit als auch in Form von Vollzeit) in den letzten Dekaden beträchtlich gestiegen. Ein starker Anstieg der Erwerbsbeteiligung ist insbesondere bei Müttern zu verzeichnen. Vor allem die Teilzeitbeschäftigung hat seit den 70er Jahren, ausgehend von einem niedrigen Ausgangsniveau, einen beachtlichen Boom erfahren. In den 90er Jahren hat Großbritannien, vergleichbar mit Schweden und Dänemark und nur übertroffen durch die Niederlande, eine der höchsten Teilzeitraten in Europa. Der relativ stark ausgebaute Dienstleistungssektor mit einem hohen Anteil an Frauenbeschäftigung³ ist eine strukturelle Ursache dafür, daß heute nahezu jede zweite erwerbstätige Britin teilzeitbeschäftigt ist. Institutionelle Ursachen für den Boom der Teilzeitbeschäfti-

gung liegen in der im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen deutlich schlechteren Bezahlung von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen und in einer hohen Geringfügigkeitsgrenze bei der Sozialversicherungspflicht. Dadurch wird es für Arbeitgeber attraktiv, Teilzeitarbeitsplätze anzubieten (Schunter-Kleemann 1992: 317).

Neben der Bezahlung sind die geringe Qualifizierung, die hohe Arbeitsmarktsegmentierung und die defizitäre soziale Sicherung weitere Faktoren, die die Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten gegenüber Vollzeitbeschäftigten indizieren. Ähnliches trifft auch für die Teilzeitbeschäftigten in Deutschland zu, das Armutsrisiko von teilzeitbeschäftigten Frauen bzw. das Risiko der Altersarmut wegen Benachteiligungen in der sozialen Alterssicherung sind in Großbritannien jedoch höher als in der Bundesrepublik. Zwar sind deutsche wie britische Frauen mit einer Teilzeitbeschäftigung auf ein weiteres Einkommen, das Einkommen des Ehemannes angewiesen. In Großbritannien ist jedoch dieses zweite Einkommen häufig so gering, daß die betreffenden Haushalte zu den „working poor“ zu rechnen sind, während die teilzeitbeschäftigten Frauen in Deutschland durch den „Hauptverdienst“ des Mannes in der Regel besser situiert sind (vgl. O'Reilly, Bothfeld 1998: 11). Das hohe Armutsrisiko britischer Teilzeitbeschäftigter wird auch durch den hohen Anteil geringfügiger Beschäftigungen verursacht. Über ein Drittel (1991: 38%, 1995: 35%) der Teilzeitbeschäftigten arbeitet regulär weniger als 15 Stunden (im Vergleich dazu in Westdeutschland 1991: 11%, 1995: 22%) (vgl. O'Reilly, Bothfeld 1998: 7).

Ein erhöhtes Armutsrisiko für ganze Regionen und Bevölkerungsgruppen ist Folge der „konservativen Revolution“ unter der Thatcher-Regierung, die eine umfassende Privatisierungs- und Deregulierungspolitik verfolgte. Rigorose Einschnitte in das soziale Netz des Wohlfahrtsstaates, vor allem im Bildungs- und Gesundheitsbereich und im Rentensystem, waren die Folge. Da die Politik Thatchers an liberale Traditionen wie die Stärkung der freien Marktwirtschaft und die Eigenverantwortung des einzelnen und seiner Familie anknüpfte, fußte sie durchaus auf den normativen Überzeugungen der britischen Gesellschaft. New Labour greift das Erbe der Konservativen auf und knüpft an bestimmte Elemente an, z.B. an die verstärkte Eigenverantwortung und an die Zielgruppenorientierung der Sozialpolitik (Mau 1998: 33). Fundamentale Änderungen der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen, institutionellen und wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen der Erwerbsbeteiligung von Frauen sind nicht in Sicht. Es ist auch weiterhin von einer relativ hohen Rate und relativ schlechten Bedingungen der Teilzeitarbeit in Großbritannien auszugehen: „There is every indication that levels of part-time work will remain high, and this will continue to trap many women into low-paid and low-level occupations“ (Burchell et al. 1997: 243).

Schweden

In Schweden hat, wie in den anderen skandinavischen Ländern auch, der Staat wesentliche Funktionen übernommen, die ehemals vom Familien- und Verwandtschaftsverband geleistet wurden. Die Pflege von alten und kranken Menschen sowie die Betreuung und Erziehung von Kindern werden als Aufgabe des Staates betrachtet und sind entsprechend

häufig aus der privaten Sphäre der Familie ausgelagert. „Im ‘Volksheim Schweden’ gehört das Kind allen und ist - wie alle anderen Mitglieder - zugleich recht früh auf sich selbst gestellt“ (Ostner 1995a: 64f.). Die vergleichsweise geringe Sorgepflicht der Eltern gegenüber ihren Kindern endet mit deren Volljährigkeit, ebenso haben volljährige Kinder keine Pflichten gegenüber ihren Eltern. Im schwedischen Wohlfahrtsstaat ist der staatliche Dienstleistungssektor stark ausgebaut. Öffentliche Kinderbetreuung, Pflege und Dienste für alte Menschen und Kranke ersetzen die private Sicherung und Versorgung. Neben den öffentlich finanzierten sozialen Diensten ist auch die Individualbesteuerung Grundlage für die individualisierte soziale Sicherung der schwedischen Bürger. Der Individualbesteuerung, d.h. der getrennten Besteuerung von Eheleuten, liegt die normative Vorstellung zugrunde, daß jede(r) durch eigene Erwerbsarbeit für sich selbst sorgen soll und Ausfallzeiten und Risiken durch den Staat, und nicht durch die Familie, abgesichert sein sollen. Diese normative Vorstellung beinhaltet auch die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen oder, in einem weiteren Sinne, die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Männern und Frauen. Entsprechend wird durch die schwedische Sozialpolitik die Erwerbstätigkeit von Frauen bzw. die Zwei-Verdiener-Ehe gefördert. Die schwedische Sozialpolitik unterstützt die Erwerbsbeteiligung von Frauen sowohl in Form von Teilzeit- als auch von Vollzeitbeschäftigung und bevorzugt diese gegenüber der Hausfrauenrolle. Die meisten Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse unterscheiden sich im Hinblick auf die Arbeitszeit (häufig „lange Teilzeit“), den Qualifikationsgrad und die soziale Sicherung nicht so deutlich von Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen, wie dies zum Beispiel in Deutschland und in Großbritannien der Fall ist.

Mit der Expansion des öffentlichen Dienstleistungssektors wurden in den 70er und 80er Jahren vor allem in diesem Bereich Arbeitsplätze, häufig in Form von Teilzeitbeschäftigung, für Frauen geschaffen. Die öffentlich finanzierten sozialen Dienste sind so zu einem Beschäftigungsbereich der Frauen geworden. „Der Übergang zum Zwei-Verdiener-Haushalt ist also von einer systematischen Verweiblichung der sozialen Dienstleistungen begleitet“ (Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998: 287). Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten im Dienstleistungssektor ist von 77% im Jahr 1975 auf 87% im Jahr 1995 gestiegen⁴ (Europäische Kommission 1996: 161).

Der Boom der Teilzeitbeschäftigung scheint jedoch mit dem Ende der 80er Jahre vorerst ein Ende zu haben: 1987 hatten noch 46% aller beschäftigten Frauen eine Teilzeitbeschäftigung, 1990 dagegen nur noch 41% (ebenda). Der schwedische Staat hat derzeit mit den Folgen einer schweren Finanzkrise zu kämpfen, die mit hohen Arbeitslosenraten⁵ einhergeht. Der Krise wird mit Reformen begegnet, die auf eine weitere Mobilisierung der Bereitschaft zur kontinuierlichen Erwerbsarbeit setzen, den Zugang zu Einkommensersatzleistungen erschweren und gleichzeitig deren Höhe reduzieren (Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998: 288). Für schwedische Frauen erhöht sich mit den Reformen in Wechselwirkung mit der individualisierten sozialen Sicherung, der Individualbesteuerung und der Abschaffung der Witwenrente 1989 der Druck, kontinuierlich und möglichst Vollzeit erwerbstätig zu sein. Die Teilzeitbeschäftigung verliert damit, trotz der nach europäischem Maßstab in Relation zur Vollzeitbeschäftigung relativ guten Bedingun-

gen (z.B. im Hinblick auf den Qualifikationsgrad, die Arbeitszeit und die soziale Sicherung) für die Schwedinnen an Attraktivität. Ebenfalls von Budgetkürzungen der Staatskasse betroffen, jedoch im internationalen Vergleich nach wie vor günstig, sind die Elternurlaubsregelungen, die Müttern (oder Vätern) nach der Geburt eines Kindes eine 18-monatige Freistellung von der Erwerbsarbeit mit 75% Lohnfortzahlung gewähren. Während also die finanzielle Unterstützung während des Elternurlaubs in Schweden von der Lohnhöhe vor der Geburt abhängig ist, wird in Deutschland das sogenannte Erziehungsgeld in Abhängigkeit von der Einkommenshöhe ab dem siebenten Monat nach der Geburt reduziert. So wirken sich hohe Einkommen vor der Geburt für Frauen in Deutschland nachteilig aus, für Frauen in Schweden sind sie, ebenso wie die Wiederaufnahme der Erwerbsarbeit zwischen zwei Geburten bzw. Erziehungsurlaubsperioden, dagegen von Vorteil.

Unsere Vermutung ist, daß sich die geschilderten, national differierenden sozialpolitischen Regelungen in unterschiedlichem Erwerbsverhalten der Frauen in den einzelnen Ländern widerspiegeln. Mit den empirischen Analysen dieses Beitrags soll konkret geprüft werden,

- ob der Wiedereinstieg von Frauen nach der Geburt eines Kindes und die Dauer der Erwerbsunterbrechung abhängig sind von den Mutterschafts- und Elternurlaubsregelungen bzw. von der öffentlichen Infrastruktur zur Kinderbetreuung und der Organisation des Schultages,
- ob das „Humankapital“ von Frauen eine Rolle spielt, ob sich also Frauen mit hoher Bildung anders verhalten als Frauen, die weniger in ihre Bildung investiert haben,
- ob sich Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigungen in Abhängigkeit von den nationalen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Dauer und den Stellenwert in der Erwerbsbiographie von Frauen voneinander unterscheiden,
- ob Teilzeitbeschäftigungen in den einzelnen Ländern eher in Vollzeitbeschäftigungen oder in Nicht-Erwerbstätigkeit münden,
- wie sich Teilzeit- bzw. Vollzeitepisoden in Abhängigkeit von der Lebensphase und dem familiären Hintergrund gestalten, und ob es in dieser Hinsicht Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gibt.

Diese Thesen werden auf der Basis von Längsschnittanalysen mit dem Verfahren der Ereignisdatenanalyse geprüft. Die Begründung für die Auswahl dieses Verfahrens und weitere grundlegende konzeptionelle Überlegungen zu den empirischen Analysen sind Gegenstand des folgenden Abschnitts.

2 Empirische Analyse: Drei-Länder-Panel-Vergleich

Ausgangspunkt der folgenden empirischen Analyse ist die Frage, inwieweit die unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Kontextbedingungen in Schweden, Großbritannien und Deutschland das Erwerbsverhalten von Frauen prägen.⁶ Um das Erwerbsverhalten und speziell die Effekte der Teilzeitbeschäftigung differenziert zu beschreiben, reicht eine statische Betrachtung zu einem Zeitpunkt nicht aus. Für ein umfassendes Verständnis ist statt dessen eine dynamische Betrachtung von Teilzeitarbeit im individuellen Erwerbsverlauf auf der Basis von Längsschnittanalysen mit Individualdaten erforderlich. Im folgenden wird eine solche dynamische Betrachtung mit Methoden der Ereignisdatenanalyse auf der Basis des deutschen Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), des britischen Haushaltspanels (BHPS) und des schwedischen Haushaltspanels (HUS) für den Zeitraum 1984-1996 vorgenommen. Mit diesen drei Paneldatensätzen verfügen wir über retrospektive Daten im ergebnisorientierten Erhebungsdesign, d.h. die Erwerbsbiographie eines Individuums ist lückenlos rekonstruierbar.⁷ Für jedes Individuum und für jeden Zeitpunkt des Beobachtungszeitraums steht damit eine exakte Zustandsinformation über den Karriereprozeß zur Verfügung.⁸

Mit dem Begriff der Ereignisdatenanalyse werden statistische Verfahren zur Untersuchung von Zeitintervallen zwischen aufeinanderfolgenden Zustandswechseln bzw. Ereignissen bezeichnet (Blossfeld, Hamerle, Mayer 1986). In den folgenden Analysen findet die Methode der Ereignisdatenanalyse Anwendung, um im Drei-Länder-Vergleich die Dynamik der Teilzeitarbeit von Frauen und ihre individuellen sowie familiären Arrangements zu beleuchten. Die Analysen richten sich vor allem auf die Übergänge in die Teilzeitbeschäftigung, den Verbleib in diesem Zustand sowie den Wechsel in einen Folgezustand.⁹ Übergangswahrscheinlichkeiten und Verweildauern lassen Rückschlüsse auf „typische“ Erwerbsverläufe von Frauen in den drei Ländern zu.¹⁰ Der Schwerpunkt der Analysen richtet sich dabei stets auf ländertypische Unterschiede im Teilzeit-Erwerbsverhalten von Frauen. Dabei wird der Erwerbszustand der Vollzeitbeschäftigung als Referenzkategorie herangezogen. Den Analysen liegen folgende forschungsleitende Fragen zugrunde: Wie lange dauert der Erwerbszustand der Teil- und Vollzeitbeschäftigung in Deutschland, Großbritannien und Schweden an? Aus welchen (Erwerbs-)Zuständen kommen die Teilzeitbeschäftigten? Wie sind die Übergangswahrscheinlichkeiten in Folgezustände? Von welchen Variablen ist der Übergang in und aus Teilzeitarbeit der Frauen abhängig?

Um diese Fragen beantworten zu können, werden aus den Ereignisdatensätzen der drei Länder die fünf Zustände aggregiert: Vollzeitbeschäftigung, Teilzeitbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Nicht-Erwerbstätigkeit¹¹ und der Status der Hausfrau.¹² In die Analyse werden folgende individuelle Faktoren, die laut den angeführten Fragestellungen Einfluß auf das Erwerbsverhalten einer Frau haben könnten, einbezogen: das Alter der Frau und ihr familiärer Hintergrund (Zusammenleben mit einem Partner oder alleinstehend), das Vorhandensein von Kindern im Haushalt (insbesondere Vorschulkinder) und der Erwerbsstatus des Partners.

Die Analysen werden in folgenden Schritten durchgeführt: Zunächst sollen die Verweildauern im Zustand der Teilzeitarbeit und die Übergangswahrscheinlichkeiten in die Zustände Vollzeit, Arbeitslosigkeit, Nicht-Erwerbstätigkeit und Hausfrau analysiert und verglichen werden. Das erfolgt ebenfalls für die umgekehrte Richtung - aus anderen Zuständen in Teilzeitbeschäftigung wechselnd. Es soll damit u.a. der Frage nachgegangen werden, ob Teilzeitarbeit im Vergleich zur durchschnittlichen Dauer anderer erwerbsbiographischer Ereignisse eher als ein Übergangsereignis zu betrachten ist. Danach werden individuelle sowie familiäre Kontexte und Veränderungen für die Erklärung des „Verweilens“ in einem Zustand bzw. des „Wechsels“ in einen anderen herangezogen. Hierbei geht es um die Frage: Von welchen Variablen ist der Übergang von Frauen in und aus Teilzeitarbeit abhängig?

Ergebnisse

Obwohl mit dem Beobachtungszeitraum 1984-1996 ein enger Rahmen gesetzt ist, sind laut den Befunden der einzelnen Paneldaten in allen drei Ländern zum Teil deutliche Veränderungen der Anteile von vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Frauen, Hausfrauen, arbeitslosen und nicht-erwerbstätigen Frauen zu beobachten (vgl. Tabelle 2.1). Erheblich hat in allen drei Ländern der Anteil der Hausfrauen abgenommen: in Großbritannien von 23% im Jahr 1984 auf 20% im Jahr 1990 und schließlich auf 17% im Jahr 1996. In Deutschland ordneten sich 1996 ebenfalls 17% der Frauen der Kategorie „Hausfrau“ zu, 1990 waren es noch 23% und 1984 sogar noch 29%. In Schweden war der Anteil der Hausfrauen mit 10% schon 1984 vergleichsweise sehr niedrig, in den 90er Jahren stuften sich dann kaum noch Frauen als „Hausfrauen“ ein (1990: 3%, 1996: 1%). Ordnet man vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Frauen in einer übergeordneten Kategorie „ökonomisch aktiv“ und nicht-erwerbstätige und arbeitslose Frauen sowie Hausfrauen der Kategorie „ökonomisch nicht aktiv“ zu, zeigt sich in allen drei Ländern eine Abnahme der Kategorie „ökonomisch nicht aktiv“ und eine entsprechende Zunahme der Kategorie „ökonomisch aktiv“: in Deutschland um 6%, in Schweden um 5%, in Großbritannien um 2%. Während jedoch in Deutschland und Großbritannien 1996 nach dieser Definition etwas mehr als die Hälfte ökonomisch nicht aktiv war (55% bzw. 51%), waren es in Schweden nur 16%. In Deutschland ist die Steigerung des Anteils „ökonomisch aktiver“ Frauen der Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zuzurechnen, der Anteil der vollzeitbeschäftigten Frauen blieb fast konstant. In Großbritannien ist nur eine geringe Änderung in den Anteilen vollzeit- und teilzeitbeschäftigter Frauen zu verzeichnen. Anders in Schweden. Dort ist eine deutliche Akzentverschiebung zwischen den Anteilen voll- und teilzeitbeschäftigter Frauen zu beobachten: 1984 waren noch 39% der Frauen teilzeitbeschäftigt, 1996 nur noch 32%. Dagegen ist der Anteil der vollzeitbeschäftigten Frauen vor allem in den 90er Jahren deutlich gestiegen: von 41% im Jahr 1990 auf 52% im Jahr 1996. Deutlich abgenommen hat dagegen in Schweden

speziell in den 90er Jahren der Anteil der nicht-erwerbstätigen Frauen: von 24% im Jahr 1990 auf nur 11% im Jahr 1996.

In diesen Zahlen spiegeln sich die Auswirkungen der Rezession in Schweden und der schweren Finanzkrise des Staates wider, der seit Anfang der 90er Jahre mit einschneidenden Reformen begegnet wird, die auf eine kontinuierliche Erwerbsbeteiligung aller Bürger setzen und die Freistellungsmöglichkeiten von der Erwerbsarbeit einschränken. Diese Reformen erhöhen den Druck für schwedische Frauen, kontinuierlich Vollzeit erwerbstätig zu sein, und mindern die Attraktivität der Freistellungsmöglichkeiten, die vom Staat bislang großzügig gewährt wurden. So ist die mit Beginn der 90er Jahre einsetzende Abnahme des Anteils nicht-erwerbstätiger Frauen (mit der Kategorie „nicht-erwerbstätig“ werden im schwedischen Panel eben auch Freistellungsmöglichkeiten erfaßt) zugunsten einer Zunahme des Anteils vollzeitbeschäftigter Frauen zu erklären. Zwar ist in Großbritannien und in Deutschland Anfang der 90er Jahre ebenfalls eine rezessive Wirtschaftslage zu verzeichnen, trotzdem zeichnen sich die Auswirkungen auf die Beschäftigung von Frauen nicht so deutlich ab wie in Schweden. Eine in den 80er Jahren einsetzende Kontinuität der Entwicklung der Frauenerwerbsbeteiligung setzt sich laut den vorliegenden Daten in diesen beiden Ländern auch in den 90er Jahren fort. Für Deutschland muß dabei jedoch unbedingt beachtet werden, daß sich die Daten auf die Situation in Westdeutschland beschränken. Nach der Vereinigung Deutschlands kam es jedoch infolge der Rezession Anfang der 90er Jahre vor allem im Osten Deutschlands zu einem massiven Beschäftigungseinbruch, von dem vor allem Frauen betroffen waren.

Anders als der vorherigen Betrachtung liegen der Tabelle 2.1 nicht Personen, sondern die einzelnen Zustände bzw. Episoden (Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslosigkeit, Nicht-Erwerbstätigkeit und Hausfrau), die als Spell-Daten monatsweise erfaßt werden, als Grundgesamtheit zugrunde. Betrachtet wird zunächst, welche Episoden den Teilzeitepisoden vorangehen (also Übergänge in Teilzeit) und welche Episoden den Teilzeitepisoden folgen (also Übergänge aus Teilzeit). Ebenso werden Übergänge in und aus Vollzeit im Ländervergleich dargestellt, der Beobachtungszeitraum ist wiederum 1984 bis 1996.

Die Ergebnisse belegen die Bedeutung der Kategorie „nicht-erwerbstätig“ für Übergänge in Schweden: Über die Hälfte der Übergänge (51% bis 56%) in und aus Teilzeit sowie in und aus Vollzeit finden in diese bzw. aus dieser Kategorie statt. In Deutschland trifft dies dagegen nur für 21% bis 25% und für Großbritannien nur für 10% bis 17% der Übergänge in und aus Teilzeit und Vollzeit zu. Für Schweden sind für die Übergänge nur drei von den insgesamt fünf Kategorien relevant: Übergänge finden quasi nur zwischen den Kategorien Teilzeit, Vollzeit und Nicht-Erwerbstätigkeit statt, die Kategorien Hausfrau und Arbeitslosigkeit spielen mit 1% bis 3% kaum eine Rolle. In Deutschland und Großbritannien finden dagegen viel mehr Wechsel auch zwischen den Kategorien Hausfrau bzw. Arbeitslosigkeit und anderen Kategorien statt. Während in Deutschland und Großbritannien rund einem Drittel (31% bzw. 34%) der Teilzeitepisoden Hausfrauenepisoden vorangingen, trifft dies in Schweden nur für 3% zu. Nach einem Viertel (25% bzw. 23%) aller Teilzeitepisoden in Deutschland und Großbritannien folgt eine Hausfrauenepisode, in Schweden dagegen nur nach 2%.

Tabelle 2.1: Übergänge in/aus Teilzeit und Vollzeit (Zeitraum 1984-1996)

 Übergänge *in / aus* **Teilzeit** (Zeilenprozente)

<i>Vorgänger</i>	Beginn in TZ	Vollzeit	Arbeitslos	Nicht-Erwerbst.	Hausfrau
Deutschland	25	16	7	21	31
Schweden	23	20	3	51	3
Großbritannien	35	9	12	10	34
<i>Nachfolger</i>	Verbleib in TZ	Vollzeit	Arbeitslos	Nicht-Erwerbst.	Hausfrau
Deutschland	32	15	7	21	25
Schweden	20	23	3	52	2
Großbritannien	36	16	10	15	23

 Übergänge *in / aus* **Vollzeit** (Zeilenprozente)

<i>Vorgänger</i>	Beginn in VZ	Teilzeit	Arbeitslos	Nicht-Erwerbst.	Hausfrau
Deutschland	42	14	14	23	7
Schweden	23	19	3	54	1
Großbritannien	52	13	16	12	7
<i>Nachfolger</i>	Verbleib in VZ	Teilzeit	Arbeitslos	Nicht-Erwerbst.	Hausfrau
Deutschland	39	14	15	25	7
Schweden	24	16	3	56	1
Großbritannien	45	7	17	17	14

Datenbasis: SOEP 1984-1996, BHPS 1984-1996, HUS 1984-1996

Bei den Übergängen in und aus Vollzeit kommt der Kategorie Hausfrau in Deutschland und Großbritannien jedoch auch eine geringere Bedeutung zu als bei Übergängen in und aus Teilzeit. Nur jeweils 7% der Vollzeitepisoden gehen in diesen beiden Ländern Hausfrauenepisoden voraus (Schweden 1%), und 7% bzw. 14% der Vollzeitepisoden in Deutschland bzw. in Großbritannien münden in Hausfrauenepisoden. In Deutschland und Großbritannien sind die Vollzeitepisoden „stabiler“ als die Teilzeitepisoden, d.h. häufiger als den Teilzeitepisoden geht den Vollzeitepisoden kein Übergang aus einer anderen Kategorie voraus bzw. folgt den Vollzeitepisoden häufiger kein Übergang in eine andere Kategorie. In Schweden sind in dieser Hinsicht kaum Unterschiede zwischen Teilzeit- und Vollzeitepisoden festzustellen. Insgesamt weisen die Ergebnisse für Deutschland und Großbritannien, nicht aber für Schweden, in bezug auf die Übergänge in und aus Teilzeit und Vollzeit große

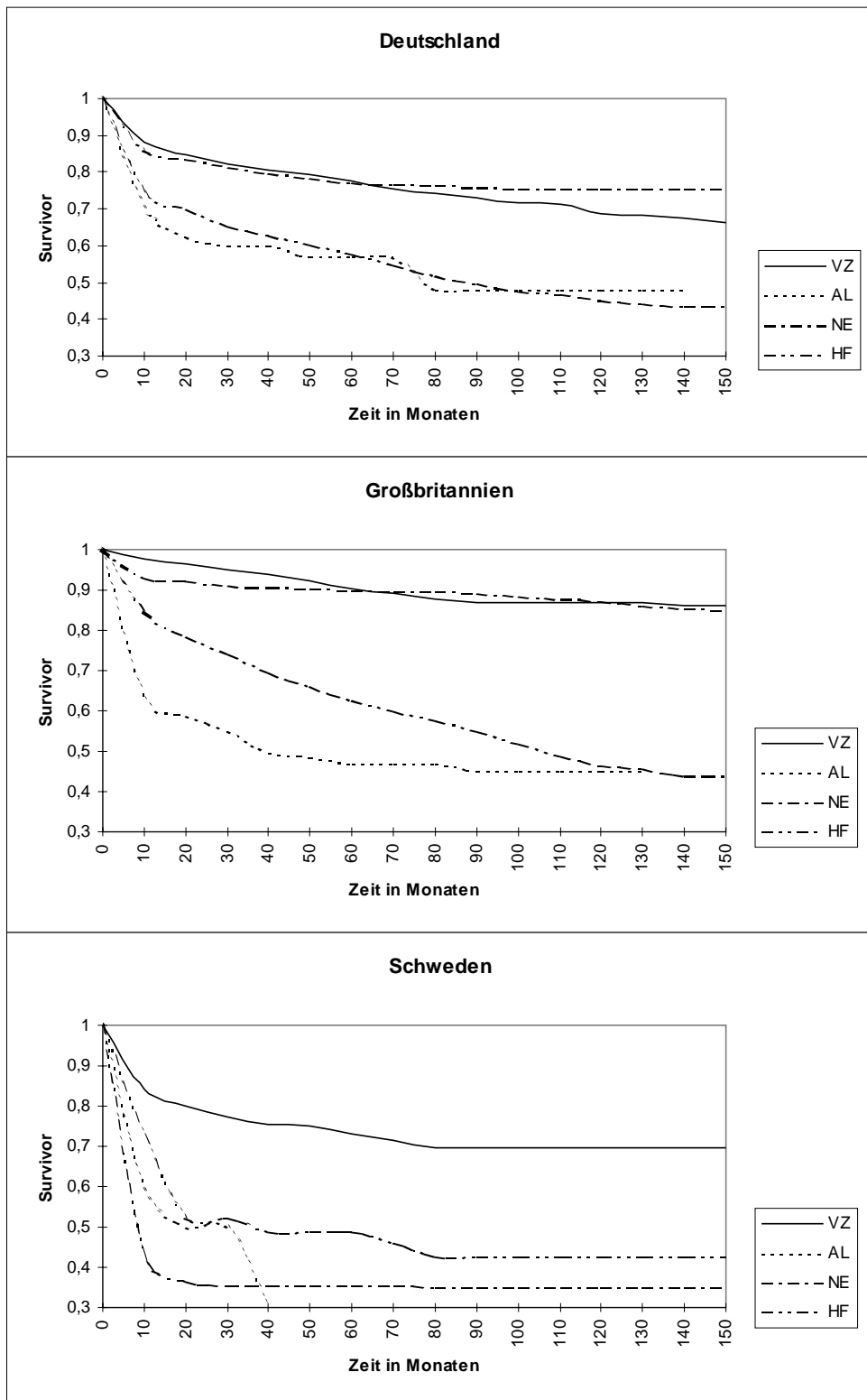
Ähnlichkeiten auf, mit der Einschränkung, daß in Deutschland etwas häufiger Übergänge in und aus Nicht-Erwerbstätigkeit, in Großbritannien dagegen in und aus Arbeitslosigkeit stattfinden.

Bei der Betrachtung der Verweildauer der einzelnen Zustände zeigen sich dagegen für alle drei Länder recht unterschiedliche Befunde. So beträgt zum Beispiel die durchschnittliche Verweildauer von Frauen in Teilzeitarbeit in Großbritannien 26 Monate, in Deutschland 21 Monate und in Schweden nur 13 Monate. Verglichen mit der durchschnittlichen Verweildauer von Vollzeitepisoden, die in Großbritannien 36 Monate, in Deutschland 18 Monate und in Schweden 13 Monate beträgt, fällt vor allem auf: In Großbritannien sind, anders als in Deutschland und Schweden, Teilzeitepisoden deutlich kürzer als Vollzeitepisoden. Auffallend ist ebenfalls die im Vergleich zu Großbritannien und Deutschland im Schnitt geringere Dauer aller Episoden in Schweden: also sowohl von Teilzeit- und Vollzeitepisoden als auch von Nicht-Erwerbstätigkeits-, Arbeitslosigkeits- und Hausfrauenepisoden. Ursache dafür ist, daß die Episoden in Schweden häufiger als in den anderen Ländern durch eine „Nicht-Erwerbstätigkeits“-Episode unterbrochen werden. Mit dieser Kategorie werden in allen drei Ländern Aus- und Weiterbildungszeiten, Mutterschutz- und Rentenzeiten erfaßt, in Schweden verbergen sich hinter dieser Kategorie zusätzlich „vacation“ und „leave from work“, also Freistellungen von der Erwerbsarbeit aus verschiedenen Gründen. Diese Freistellungen werden, trotz der oben beschriebenen Einschränkungen seit Anfang der 90er Jahre, in Schweden bekanntermaßen großzügiger und umfangreicher gewährt als in Großbritannien und Deutschland.

Die Abbildung 2.1 bildet die Übergangswahrscheinlichkeiten für den Wechsel in Teilzeit ab. In Deutschland und Großbritannien zeigt sich wiederum ein ähnliches Muster: Vollzeit- und Nicht-Erwerbstätigkeitsepisoden münden hier mit geringerer Wahrscheinlichkeit in Teilzeit- als in Hausfrauen- und Arbeitslosigkeitsepisoden. Auch in Schweden sind Übergänge aus anderen Zuständen wahrscheinlicher als der Übergang von Vollzeit in Teilzeit. Anders als in Deutschland und Großbritannien ist in Schweden jedoch der Übergang von der Nicht-Erwerbstätigkeit in die Teilzeitarbeit vergleichsweise wahrscheinlicher.

Bei der Betrachtung der durchschnittlichen Überlebenswahrscheinlichkeit, d.h. Zeiträume, in denen Wechsel stattfinden, ergeben sich für die einzelnen Länder folgende Befunde. In Deutschland beträgt die durchschnittliche Überlebenswahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeits- und Hausfrauenepisoden 78 bzw. 85 Monate, bevor ein Wechsel in Teilzeit stattfindet (d.h. bei den verbleibenden 50% finden Wechsel entweder gar nicht oder später statt). Das Risiko¹³ eines Wechsels ist in den ersten 12 Monaten am größten, d.h. daß in diesem Zeitraum die meisten Wechsel stattfinden. Bei den Vollzeit- und Nicht-Erwerbstätigkeitsepisoden wird eine durchschnittliche Überlebenswahrscheinlichkeit (50%) in dem Beobachtungszeitraum nicht erreicht, nach Ablauf der 150 Monate sind lediglich ca. 25% Wechsel in Teilzeit aufgetreten.

Abb. 2.1: Übergänge in Teilzeitarbeit



In Großbritannien beträgt die durchschnittliche Überlebenswahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeits- und Hausfrauenepisoden vor dem Wechsel in Teilzeit 40 bzw. 107 Monate. Dabei ist ähnlich wie in Deutschland die Wahrscheinlichkeit des Wechsels in Teilzeit in den ersten 12 Monaten am größten. Wie in Deutschland muß in Großbritannien eine durchschnittliche Überlebenswahrscheinlichkeit von über 150 Monaten für Vollzeit- und Nicht-Erwerbstätigkeitsepisoden veranschlagt werden, da nach Ablauf dieses Beobachtungszeitraums lediglich 12% Wechsel in Teilzeit stattgefunden haben.

Ein auffälliges Ergebnis für Schweden ist, daß nach ca. 80 Monaten kaum noch Wechsel stattfinden, d.h. die Ereignisse sind relativ kurzlebig. Das trifft insbesondere für Nicht-Erwerbstätigkeitsepisoden zu, bei denen bereits nach zehn Monaten 50% der Wechsel in Teilzeit stattgefunden haben. Während also in Schweden nach zehn Monaten rund die Hälfte aller Nicht-Erwerbstätigkeitsepisoden in Teilzeitarbeit übergegangen ist, sind dies in Deutschland nur ca. 15% und in Großbritannien nur ca. 5%. Auch bei den Arbeitslosigkeits- und Hausfrauenepisoden ist in Schweden die durchschnittliche Überlebenswahrscheinlichkeit bis zum Wechsel in Teilzeit mit nur 21 bzw. 18 Monaten auffallend kurz. Zu beachten ist jedoch, daß sowohl der Hausfrauen- als auch der Arbeitslosigkeitsstatus in Schweden in bezug auf die Häufigkeit von Wechseln wenig Relevanz hat (vgl. Tabelle 1.5). Bei Vollzeitepisoden wird die durchschnittliche Überlebenswahrscheinlichkeit (50%) nach 150 Monaten nicht erreicht, nach Ablauf des Beobachtungszeitraums haben lediglich ca. 30% Wechsel stattgefunden.

In Abhängigkeit vom Alter (vgl. Abbildung 2.2) zeigt sich, daß in allen drei Ländern über 50jährige Frauen mit geringerer Wahrscheinlichkeit in Teilzeit wechseln als jüngere Frauen. In Deutschland und in Großbritannien ist die Wahrscheinlichkeit für die mittlere Altersgruppe (36 bis 49 Jahre) und die jüngste Altersgruppe (bis 35 Jahre) in etwa gleich, in Schweden ist die Wahrscheinlichkeit, in Teilzeit zu wechseln, nach einem Zeitraum von zehn Monaten für Frauen der jüngsten Altersgruppe geringer als für Frauen der mittleren Altersgruppe.

Die Lebensform (vgl. Abbildung 2.3) hat in allen drei Ländern einen ähnlichen Einfluß auf den Übergang in Teilzeit. Frauen, die mit einem Partner im gemeinsamen Haushalt leben, wechseln mit höherer Wahrscheinlichkeit in Teilzeit als Frauen, die allein leben. In Deutschland ist der Unterschied zwischen alleinlebenden und in Partnerschaft lebenden Frauen in dieser Hinsicht am größten. Alleinlebende Frauen wechseln in Schweden mit höherer Wahrscheinlichkeit in Teilzeitarbeit als alleinlebende Frauen in Großbritannien und Deutschland.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei dem Übergang in Teilzeit in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus des Partners (vgl. Abbildung 2.4). In allen drei Ländern ist der Übergang in Teilzeit bei Frauen mit erwerbstätigem Partner wahrscheinlicher als bei Frauen mit nicht-erwerbstätigem Partner. Am deutlichsten zeigt sich dies wiederum bei Frauen in Deutschland. Frauen mit nicht-erwerbstätigem Partner wechseln in Schweden mit höherer Wahrscheinlichkeit in Teilzeitarbeit als in Großbritannien und Deutschland.

Abb. 2.2: Übergang in Teilzeitarbeit in Abhängigkeit vom Alter der Frauen

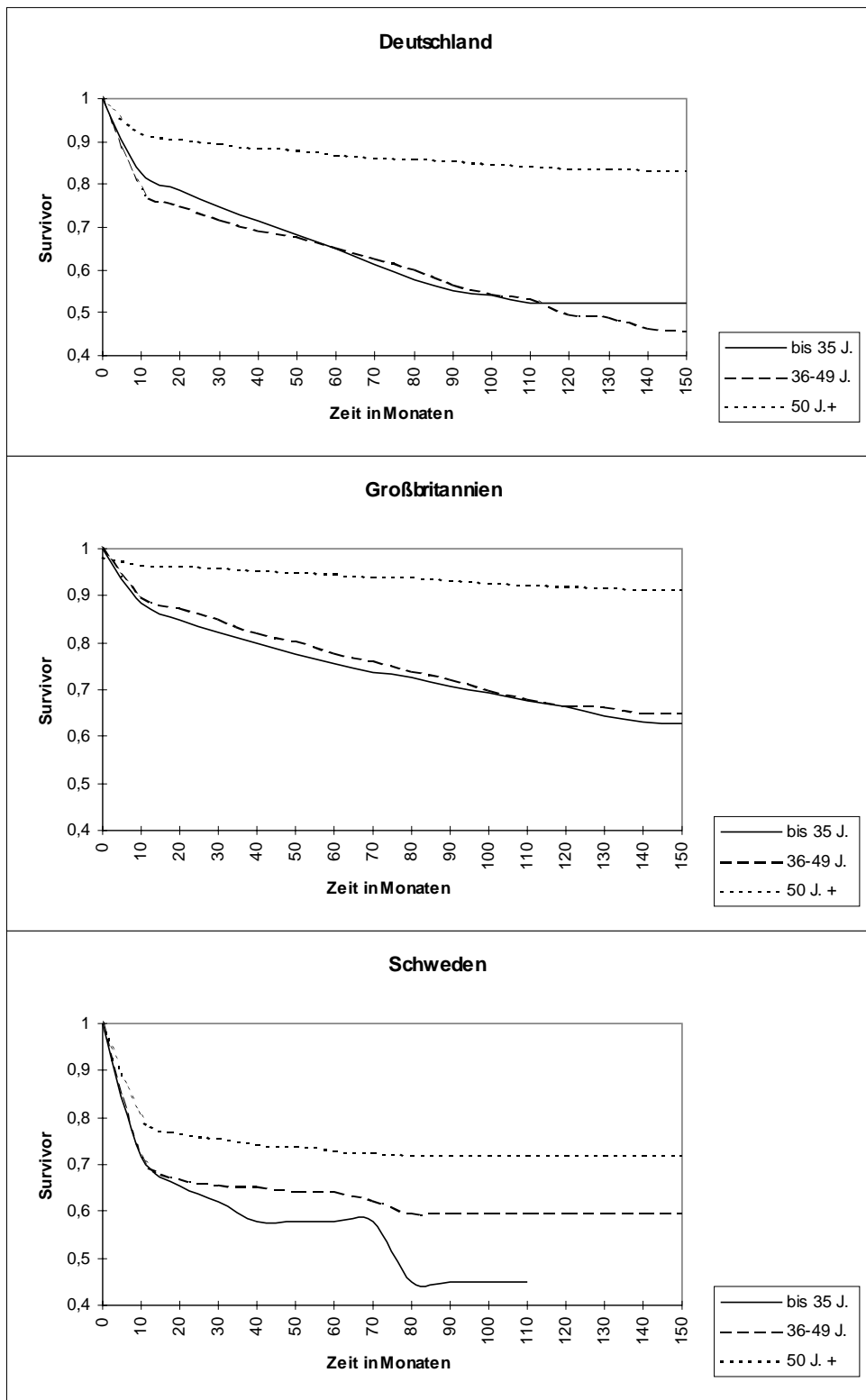


Abb. 2.3: Übergang in Teilzeitarbeit in Abhängigkeit von der Lebensform der Frauen

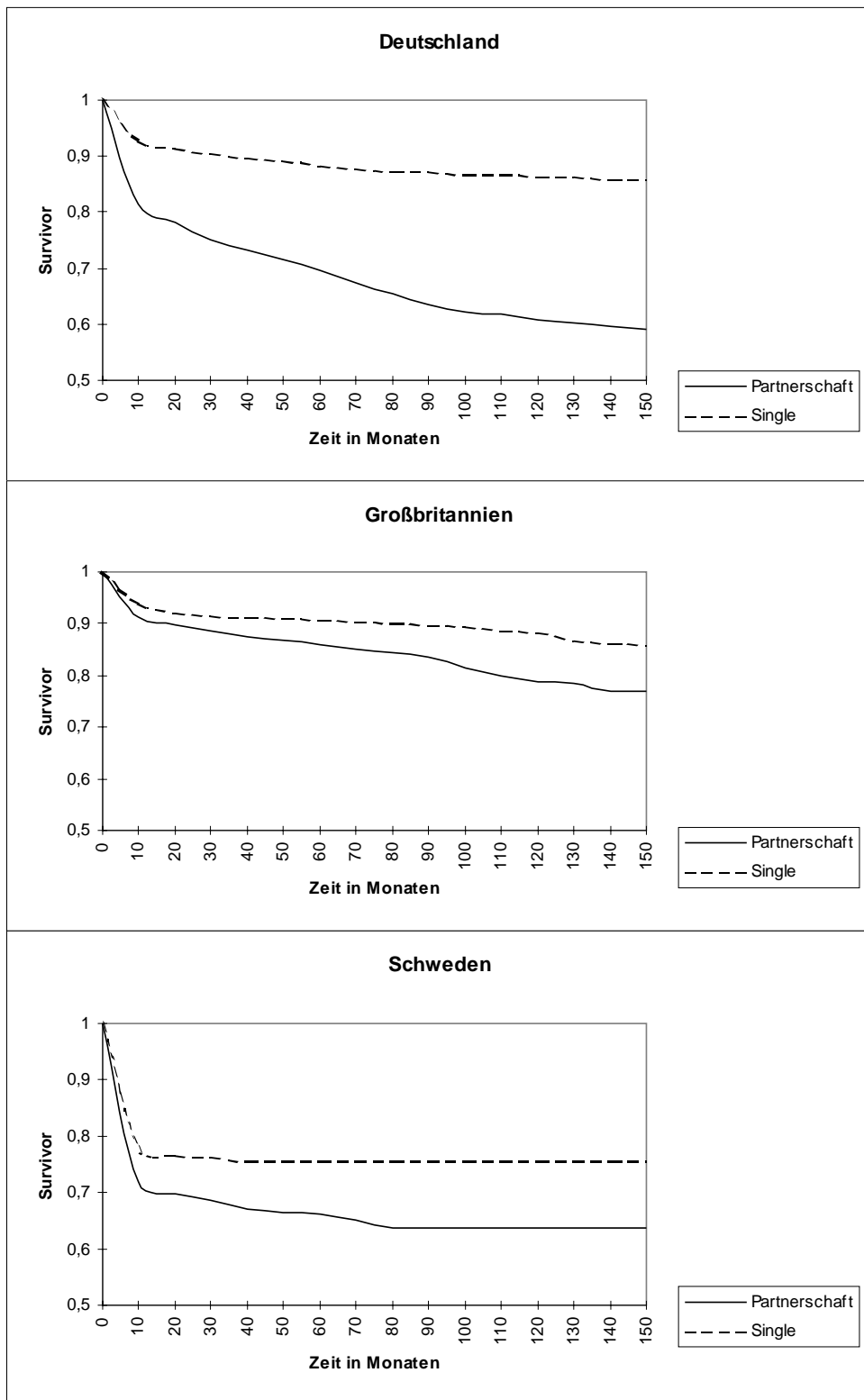


Abb. 2.4: Übergang in Teilzeitarbeit in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus des Partners

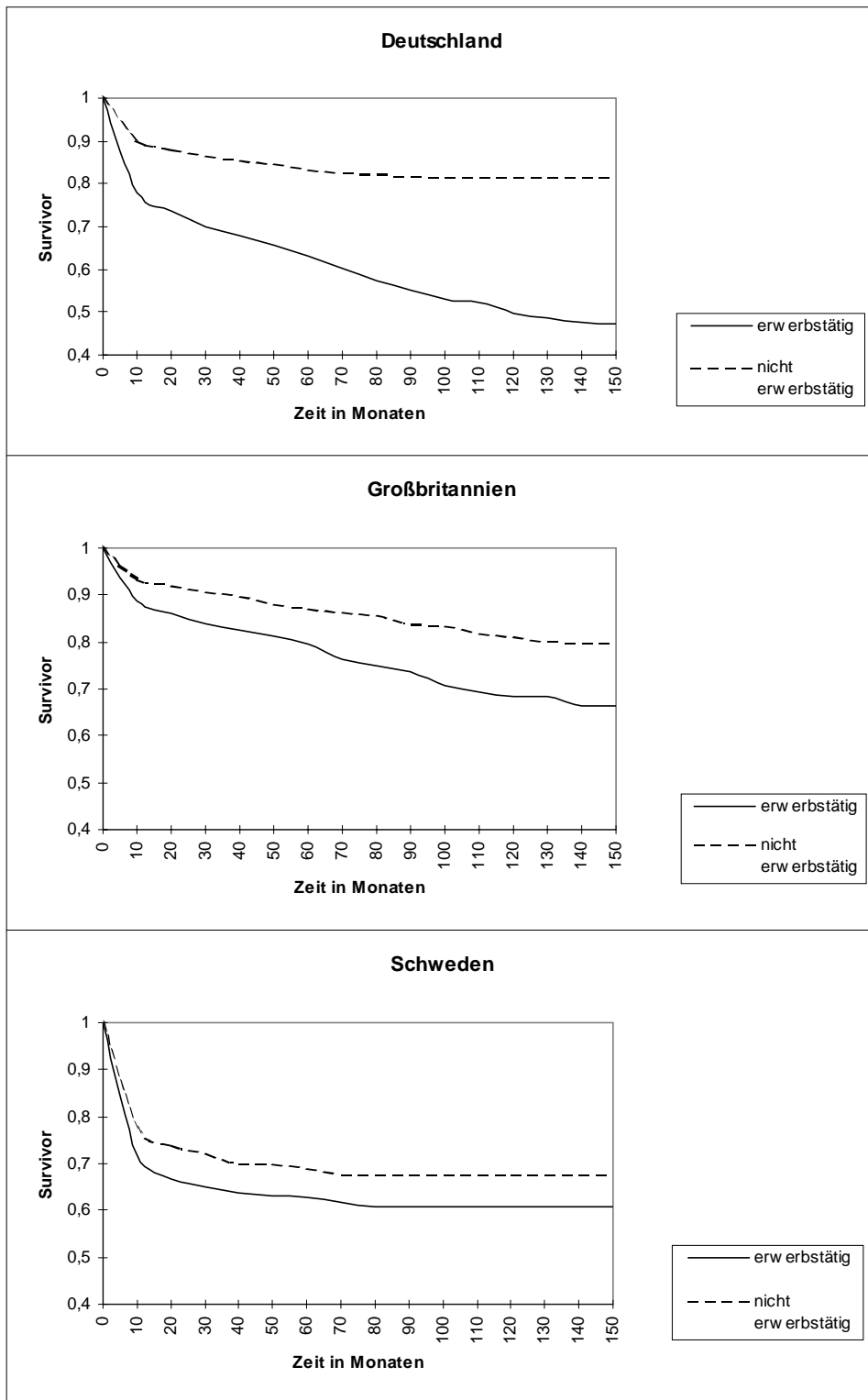
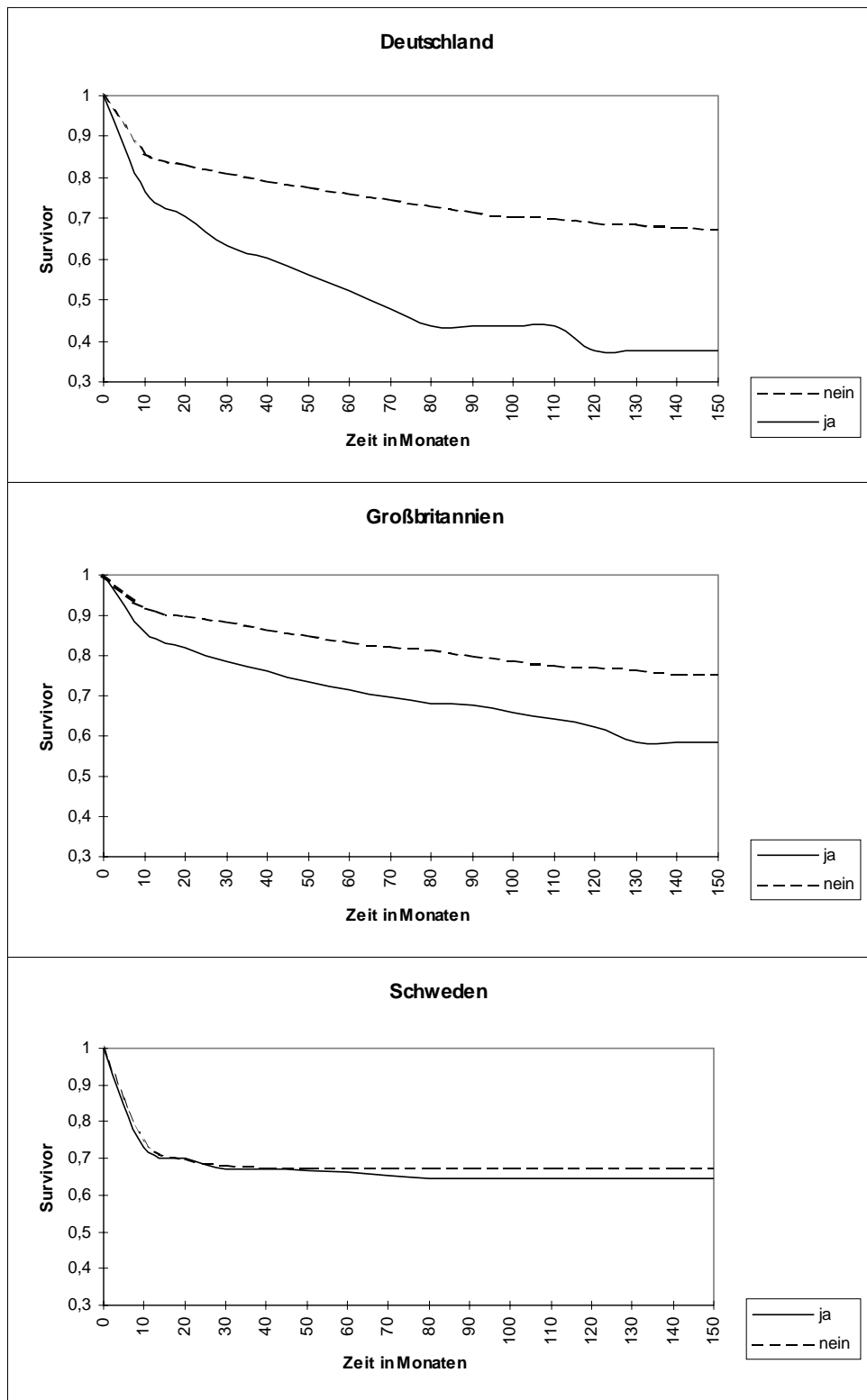


Abb. 2.5: Übergang in Teilzeitarbeit in Abhängigkeit von Kindern



Betrachtet man die Übergangswahrscheinlichkeit in Teilzeit für Frauen mit Kindern und ohne Kinder bis sechs Jahre (vgl. Abbildung 2.5), zeigt sich ebenfalls in der Tendenz ein für alle drei Länder übereinstimmendes Ergebnis: Die Wahrscheinlichkeit für den Übergang in Teilzeit ist in Deutschland, in Großbritannien und in Schweden für Frauen mit Kindern bis sechs Jahre größer als für Frauen ohne Kinder. In Deutschland sind die Unterschiede zwischen Frauen mit und ohne Kinder bis sechs Jahre wiederum deutlich größer als in Großbritannien und Schweden.

Zusammenfassend ist als wichtiges Ergebnis des Drei-Länder-Panel-Vergleichs zunächst zu nennen, daß Teilzeitbeschäftigungen in Deutschland und in Großbritannien größere Ähnlichkeiten in bezug auf den Wechsel, die Dauer, die Häufigkeiten und die Übergangswahrscheinlichkeiten aufweisen als Teilzeitbeschäftigungen in Schweden. In Deutschland und in Großbritannien erfolgen Übergänge in Teilzeit häufig in und aus dem Hausfrauenstatus, in Schweden dagegen in und aus dem Status der Nicht-Erwerbstätigkeit. Mit der Kategorie der Nicht-Erwerbstätigkeit werden in Schweden Freistellungsmöglichkeiten von der Erwerbsarbeit erfaßt, die dort großzügiger gewährt werden als in Deutschland und Großbritannien. Zwar hat der Anteil der in diesem Sinne nicht-erwerbstätigen Frauen in Schweden in den 90er Jahren im Zuge von Einsparungen deutlich abgenommen, trotzdem führt der häufige Wechsel in und aus der Kategorie Nicht-Erwerbstätigkeit dazu, daß Erwerbsepisoden (sowohl Teilzeit als auch Vollzeit) in Schweden relativ kurz sind. So sind auch die durchschnittlichen Überlebenswahrscheinlichkeiten der Episoden in Schweden relativ kurz.

In allen drei Ländern wirken die untersuchten Kovariablen (Alter, Lebensform, Kinder bis sechs Jahre, Erwerbsstatus des Partners) auf die Wahrscheinlichkeit, in Teilzeit zu wechseln, in die gleiche Richtung. Für Frauen mittleren Alters ist die Wahrscheinlichkeit, in Teilzeit zu wechseln, höher als für ältere Frauen, ebenso für Frauen mit Kindern bis sechs Jahre als für Frauen ohne Kinder und auch für Frauen, die mit einem Partner zusammenleben, als für alleinlebende Frauen und schließlich für Frauen mit erwerbstätigem Partner als für Frauen mit einem nicht-erwerbstätigen Partner. In Deutschland ist der Einfluß der genannten Kovariablen stärker als in Großbritannien. Zwar ist in beiden Ländern als Auswirkung der Tradition der „starken“ Form der Ernährerehe zu erwarten, daß Teilzeitarbeit als „modernisierte“ Form dieser Tradition zur typischen Erwerbsform von Frauen mit Kindern wird, die auf den Hauptverdienst des (Ehe-)Mannes angewiesen sind. In Deutschland tragen aber die sozial- und familienpolitischen Rahmenbedingungen, die die Teilzeitarbeit von Frauen in der „Familienphase“ gezielt fördern, dazu bei, daß sich diese Erwartung hier deutlicher erfüllt als in Großbritannien.

In Schweden haben die genannten Kovariablen einen geringeren Einfluß auf die Wahrscheinlichkeit, in Teilzeit zu wechseln, als in Großbritannien und Deutschland. Auch hinsichtlich anderer Kriterien, z.B. Dauer und Übergangswahrscheinlichkeiten, sind Unterschiede zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigungen in Schweden nicht so deutlich wie in den anderen beiden Ländern. Ursache dafür ist unter anderem, daß Voll- und Teilzeitbe-

schäftigungen auch hinsichtlich des Stundenumfanges, der Qualität der Arbeit und der sozialen Sicherung in Schweden weit geringere Unterschiede aufweisen als in Großbritannien und Deutschland.

Anmerkungen

- 1 Das vorliegende Papier dokumentiert Ergebnisse des von der Hans-Böckler-Stiftung im Rahmen des Forschungsschwerpunktes „Perspektiven der Arbeitsgesellschaft“ geförderten Forschungsprojekts mit dem Titel „Teilzeitarbeit im europäischen Vergleich. Individuelle Dynamik, Haushaltskontext, Wohlfahrtserträge“. Das Projekt wurde am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) unter der Leitung von Prof. Wolfgang Zapf durchgeführt und endete im Dezember 1998 nach zweijähriger Laufzeit.
- 2 In Schweden ist die Partizipationsrate von Frauen zwischen 15 und 64 Jahren von 1970 bis 1990 von 59% auf 84% gestiegen, in Großbritannien von 51% auf 68% und in der Bundesrepublik von 48% auf 54% (Schunter-Kleemann 1992: 337ff.)
- 3 1989 waren in Großbritannien 83% der erwerbstätigen Frauen in Dienstleistungsberufen tätig, in der Bundesrepublik 69% und in Schweden 84% (Schunter-Kleemann 1992: 337ff.)
- 4 Schweden leistet sich von allen westlichen Industrienationen den größten Personalbestand im öffentlichen Dienst. 1994 war jeder dritte Erwerbstätige (33%) beim Staat beschäftigt. Im Vergleich dazu waren dies in Deutschland 16% und in Großbritannien 15% (OECD 1995).
- 5 Die Arbeitslosenquote betrug in Schweden im Frühjahr 1997 8% (im Vergleich dazu in Deutschland 11% und in Großbritannien 6%) (Globus-Kartendienst 1997, 52. Jg., 20. Mai 1997).
- 6 Im schwedischen Panel werden Frauen im Alter von 18-74 Jahre berücksichtigt, im deutschen und britischen Panel Frauen ab 16 Jahre.
- 7 Da nach wie vor von deutlichen Unterschieden in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Ost- und Westdeutschlands ausgegangen werden muß und durch das SOEP in Ostdeutschland Daten erst ab 1990 erhoben wurden, beschränken wir unsere Analysen auf Westdeutschland.
- 8 Vom deutschen Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) nutzten wir die jährlich erhobenen Ereignisdaten. Das schwedische Haushaltspanel wurde nur in den Jahren 1984, 1986, 1988, 1991, 1993 und 1996 erhoben. Monatliche Spelldaten zur Erwerbsbiographie wurden jedoch auch zwischen den Wellen erfragt, so daß die Rekonstruktion eines lückenlosen Verlaufes möglich ist. Vom britischen Haushaltspanel nutzten wir die laufenden Wellen von 1991-1996 sowie die Retrospektivdaten zur Erwerbstätigkeit, zum Familienstatus und zu Geburten.
- 9 Damit handelt es sich bei den Analysen um Mehr-Zustands-Modelle, die dann vorliegen, wenn im „Laufe der Zeit mehrfache Übergänge möglich sind und wenn ein bestimmtes Ereignis wiederholt auftreten kann“ (Blossfeld, Hamerle, Mayer 1986: 28).
- 10 Die Verweildauer in einer Episode ist die Zeitdauer zwischen aufeinanderfolgenden Ereignissen. Die Zeitdauer ist definiert: $V_k = T_k - T_{k-1}$, $k = 1, 2, \dots$.
Übergangswahrscheinlichkeiten können mit Hilfe der Survivor-Funktion $S(t) = P(T > t)$ ermittelt werden. Sie gibt die Wahrscheinlichkeit dafür an, daß ein Individuum den Zeitpunkt t „erlebt“, d.h., daß bis zu diesem Zeitpunkt noch kein Ereignis eingetreten ist und die Episode noch andauert.
- 11 Der aggregierte Status der Nichterwerbstätigkeit setzt sich für das deutsche Panel aus folgenden Kategorien zusammen: Schule/Ausbildung, Umschulung/Weiterbildung, Mutterschutz, Rente; für das britische Panel aus den Kategorien: sick, student/school, government scheme, maternity leave, retired, und schließlich für das schwedische Panel aus den Kategorien: vacation, leave from work, sick leave, going to school, retired.
- 12 Die Klassifizierung als Teilzeitbeschäftigte erfolgte im SOEP und im BHPS als Selbsteinstufung. Im HUS hingegen erfolgte eine Zuordnung von Voll- bzw. Teilzeitbeschäftigten auf der Grundlage einer

Arbeitszeitenklassifikation. Dementsprechend wurde Teilzeit als Wochenarbeitszeit von bis zu 34 Stunden und Vollzeit als Wochenarbeitszeit von 35 und mehr Stunden definiert.

- 13 Das Risiko bzw. die Hazardrate kann aufgefaßt werden als Grenzwert der bedingten Wahrscheinlichkeit, daß die Episode im betrachteten Intervall zu Ende geht.

Literatur

- Bäcker, Gerhard, Brigitte Stolz-Willig (1993): Teilzeitarbeit - Probleme und Gestaltungschancen. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB GmbH. WSI-Mitteilungen, Nr. 9, S. 545-553.
- Backhaus, Klaus, Bernd Erikson, Wulff Plinke, Rolf Weiber (1994): Multivariate Analysen und Methoden. Berlin: Springer Verlag.
- Becker, Gary (1985): Human Capital, Effort and the Sexual Division of Labour. In: Journal of Labour Economics, Vol. 3, S. 33-58.
- Blossfeld, Hans-Peter, Alfred Hamerle, Karl Ulrich Mayer (1986): Ereignisdatenanalyse. Statistische Theorie und Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.
- Blossfeld, Hans-Peter (1995): Changes in the Process of Family Formation and Women's Growing Economic Independence: A Comparison of Nine Countries. In: Hans-Peter Blossfeld (ed.): The New Role of Women. Family Formation in Modern Societies. San Francisco: Boulder, Oxford: Westview Press, S. 3-35.
- Blossfeld, Hans-Peter, Catherine Hakim (1997): Between Equalization and Marginalization, Women Working Part-Time in Europe and the United States of America. Oxford: University Press.
- Bornstedt, George W., David Knocke (1994): Statistics for Social Data Analysis. Itasca, Illinois: F. E. Peacock Publishers Inc.
- Bothfeld, Silke (1997): Teilzeitarbeit für alle? Eine Untersuchung von Teilzeitpräferenzen in Deutschland und Großbritannien unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten, WZB-Paper FS I 97-205.
- Buchmann, Marlis, Maria Charles (1995): Organisational and Institutional Factors in the Process of Gender Stratification: Comparing Social Arrangements in Six European Countries. In: International Journal of Sociology, Vol. 25, No. 2, S. 66-95
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (1998): Übersicht über die gesetzlichen Maßnahmen in den EU-Ländern bei der Erziehung von Kleinkindern. Stuttgart: Kohlhammer.
- Burchell, Brendan J., Angela Dale, Heather Joshi (1997): Part-Time Work among British Women. In: Hans-Peter Blossfeld, Catherine Hakim (ed.): Between Equalization and Marginalization. Women Working Part-Time in Europe and the United States of America. Oxford: University Press, S. 210-247.
- Esping-Andersen, Gosta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Polity Press.
- Europäische Kommission (1995): Beschäftigung in Europa. Brüssel-Luxemburg.

- Europäische Kommission (1996): Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union. Jahresbericht 1996. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Luxemburg.
- Europäische Kommission (1997): Beschäftigung in Europa 1997. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Luxemburg.
- Eurostat (1997): Statistik kurzgefaßt, Bevölkerung und soziale Bedingungen. Teilzeitarbeit in der Europäischen Union. Nr. 13.
- Fagan, Colette, Janneke Plantenga, Jill Rubery (1995): Does Part-Time Work Promote Sex Equality? A Comparative Analysis of the Netherlands and the UK. WZB-Paper FS I 95-203.
- Gauthier, Anne H. (1996): The State and the Family. A Comparative Analysis of Family Policies in Industrialized Countries. Oxford: Clarendon Press.
- Gustafsson, Siv S., Cécile M.M.P. Wetzels, Jan Dirk Vlasblom, Shirley Dex (1996): Women's labor force transitions in connection with childbirth: A panel data comparison between Germany, Sweden and Great Britain. In: Journal of Population Economics, No. 9, S. 223-246.
- Hakim, Catherine (1993): Segregated and Integrated Occupations. A New Approach to Analysing Social Change. In: European Sociological Review, No. 9/3, S. 289-314.
- Hakim, Catherine (1997): A Sociological Perspective of Part-Time Work, In: Hans-Peter Blossfeld, Catherine Hakim: Between Equalization and Marginalization. Oxford: University Press, S. 289-314.
- Lohkamp-Himminghofen, Marlene (1994): Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Die Situation in den zwölf Ländern der EG. In: Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte B 7-8, S. 3-13.
- Maier, Friederike (1991): The Regulation of Part-Time Work: A Comparative Study of Six EC Countries. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Paper FS I 91-9.
- Maier, Friederike (1998): Entwicklung der Frauenerwerbsbeteiligung in der Europäischen Union. In: Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte B 52/97, S. 15-27.
- Maruani, Margaret (1995): Erwerbstätigkeit von Frauen in Europa. In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hg.): Frauen in Europa. Informationen zur Raumentwicklung. Bonn, H. 1, S. 37-47.
- Mau, Steffen (1998): Zwischen Moralität und Eigeninteresse. Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in internationaler Perspektive. In: Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte B 34-35, S. 27-37.
- Mau, Steffen, Wolfgang Zapf (1998): Zwischen Schock und Anpassung. Ostdeutsche Familienbildung im Übergang. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 20, S. 1-4.
- O'Reilly, Jacqueline, Colette Fagan (1998): Geschlechtersache „Teilzeitarbeit“. In: WZB-Mitteilungen Nr. 80. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, S. 24-27.
- O'Reilly, Jacqueline, Silke Bothfeld (1998): For Better or Worse? Part-Time Work in Britain and West Germany. A comparison of the German Socio-Economic Panel and the British Household Panel.
- Ostner, Ilona (1995a): Sozialstaatsmodelle und die Situation der Frauen. In: Werner Fricke (Hg.): Jahrbuch Arbeit und Technik 1995. Bonn: Dietz, S. 57-67.
- Ostner, Ilona (1995b): Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. In: Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte B 36-37, S. 3-12.
- Pfau-Effinger, Birgit (1996): Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Theoretischer Rahmen und empirische Ergebnisse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 48, H. 3, S. 426-493.
- Promberger, Markus, Jörg Rosdücher, Hartmut Seifert, Rainer Trinczek (1996): Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitverkürzung. Vier-Tage-Woche bei VW und Freischichten im Bergbau: Mehr als zwei Beispiele. Berlin: edition sigma.

- Quack, Sigrid (1993): Dynamik der Teilzeitarbeit. Implikationen für die soziale Sicherung von Frauen. Berlin: edition sigma.
- Rubery, Jill, Colette Fagan (1994): Wage Determination and Sex Segregation of Men and Women in the European Community. Social European Supplement, No. 4. Luxembourg: Official Publications of the European Communities.
- Rubery, Jill, Colette Fagan (1995): Gender Segregation in the Societal Context. In: Work, Employment and Society, No. 9/2.
- Sainsbury, Diane (1994): Gender in Welfare States. London: Sage.
- Scharpf, Fritz W. (1983): Zur Bedeutung institutioneller Forschungsansätze, In: Fritz W. Scharpf, M. Brockmann (Hg.): Institutionelle Bedingungen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Schmid, Günther (1991): Women in the Public Sector. Paris: OECD.
- Schulze Buschoff, Karin, Inge Weller, Jana Rückert (1998): Das Erwerbsverhalten von Frauen im europäischen Vergleich. Welche Faktoren beeinflussen Arbeitszeiten und Arbeitszeitpräferenzen? Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Paper FS III 98-405.
- Schunter-Kleemann, Susanne (Hg.) (1992): Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. Berlin: edition sigma.

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

- früher: Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung“

Die Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* hat einen grundlagenwissenschaftlichen Schwerpunkt in der Analyse des sozialstrukturellen Wandels moderner Gesellschaften und einen anwendungsorientierten Schwerpunkt in der Sozialberichterstattung; die Forschungsaufgaben liegen in der Dauerbeobachtung des sozialstrukturellen Wandels und der Wohlfahrtsentwicklung. Die theoretischen Orientierungen stammen aus der Modernisierungstheorie und der Theorie der Wohlfahrtsproduktion.

MitarbeiterInnen in der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

Prof. Dr. Wolfgang Zapf (Leiter)
Dr. Roland Habich (Koordinator)

Prof. Dr. Horst Berger
Petra Böhnke, Diplomsoziologin
Thomas Bulmahn, Diplomsoziologe
Jan Delhey, Diplomsoziologe

Dr. Katrin Gillwald
Dr. Wilhelm Hinrichs
Dr. sc. Eckhard Priller

Bitte senden Sie mir die folgenden Veröffentlichungen zu
Pro paper bitte **1 DM-Briefmarke** beilegen

- Bitte einen beschrifteten Adressenaufkleber beilegen •

WZB

WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN
FÜR SOZIALFORSCHUNG

Paper-Nr., Autor

Name _____

Institution _____

Straße _____

Ort _____

Datum /
Unterschrift _____

Bestellung bitte einsenden an:

WZB • Abt. Sozialstruktur und Sozialberichterstattung • Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin

Forschungsschwerpunkt III "Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse"

Auswahl der Arbeitspapiere (Stand: Juni 1999)

Abteilungsübergreifend

- FS III 96-301 The Mass Media and Modern Government
Kenneth Newton
- FS III 96-302 Das intermediäre System der Politik als Orientierungssystem der Bürger
Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Dieter Rucht und Bernhard Weßels

Abteilung 1 "Öffentlichkeit und soziale Bewegungen"

- FS III 90-101 Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze.
Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt
- FS III 92-101 Anbieter von öffentlichen politischen Veranstaltungen in West-Berlin.
Barbara Blattert
Nachfrager und wahrgenommenes Angebot von öffentlichen politischen Veranstaltungen in der Bundesrepublik.
Jürgen Gerhards
- FS III 92-103 Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat), Codebuch.
Dieter Rucht, Peter Hocke und Thomas Ohlemacher
- FS III 93-101 Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit.
Jürgen Gerhards
- FS III 93-102 Selbstkontrolle in den Medien: Der Deutsche Presserat und seine Möglichkeiten.
Jessica Eisermann
- FS III 93-103 Prominenz in der Bundesrepublik.
Birgit Peters
- FS III 94-101 Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?
Barbara Blattert, Dieter Rink und Dieter Rucht
- FS III 95-101 A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe.
Ruud Koopmans
- FS III 95-103 German Unification, Democratization and the Role of Social Movements: A Missed Opportunity.
Dieter Rucht
- FS III 95-105 Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994.
Jürgen Gerhards und Monika Lindgens
- FS III 97-101 Citizenship, National Identity and the Mobilisation of the Extreme Right. A Comparison of France, Germany, the Netherlands and Switzerland
Ruud Koopmans and Hanspeter Kriesi

- FS III 98-101 Proteststrukturen im Ost-West-Vergleich 1989 - 1992
Susann Burchardt
- FS III 98-103 Die Branchenstruktur der Markt- und Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1996. Eine deskriptive Analyse
Simone Wack
- FS III 98-104 Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925-1930
Helmut K. Anheier, Friedhelm Neidhardt und Wolfgang Vorkamp
- FS III 98-105 Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany
Ruud Koopmans and Paul Statham
- FS III 98-106 Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders und Barbara Pfetsch
- FS III 98-107 Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Christiane Eilders und Albrecht Lüter
- FS III 99-101 Government News Management - Strategic Communication in Comparative Perspective
Barbara Pfetsch

Abteilung 2 "Institutionen und sozialer Wandel"

- FS III 91-201 Ein analytisches Schema zur Klassifikation von Politikgehalten.
Edeltraud Roller
- FS III 93-202 Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses.
Dieter Fuchs
- FS III 93-203 A Metatheory of the Democratic Process.
Dieter Fuchs
- FS III 93-205 Mass Media: Political Independence of Press and Broadcasting Systems.
Katrin Voltmer
- FS III 94-201 Democratic Transformation and the Prerequisites of Democratic Opposition in East and Central Europe.
Bernhard Wessels und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 94-202 Cultural Conditions of the Transformation to Liberal Democracies in Central and Eastern Europe.
Dieter Fuchs und Edeltraud Roller
- FS III 94-206 The Evolution of Western Foreign Aid Programs.
Thomas R. Cusack und Joyce P. Kaufman
- FS III 96-201 Political Science: The Discipline.
Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 96-202 Contexts of Political Protest in Western Democracies: Political Organization and Modernity.
Edeltraud Roller und Bernhard Wessels
- FS III 96-203 Problemreich und konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung.
Thomas R. Cusack und Bernhard Weßels

- FS III 96-204 Social Alliances and Coalitions: The Organizational Underpinnings of Democracy in West Germany.
Bernhard Wessels
- FS III 96-205 Abbau des Sozialstaats. Einstellungen der Bundesbürger zu Kürzungen von Sozialleistungen in den neunziger Jahren.
Edeltraud Roller
- FS III 96-206 System Characteristics Matter: Empirical Evidence from Ten Representation Studies.
Bernhard Wessels
- FS III 96-207 Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung.
Dieter Fuchs
- FS III 96-208 Legislative Recruitment in Germany: Professionalization or Political Class?
Bernhard Wessels
- FS III 97-201 Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments.
Thomas R. Cusack
- FS III 97-202 The Electoral Process in the Unified Germany.
Dieter Fuchs und Robert Rohrschneider
- FS III 97-203 Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien
Dieter Fuchs
- FS III 98-201 Vom Konsens zum Dissens? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich.
Christian Welzel
- FS III 98-202 Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis.
Hans-Dieter Klingemann
- FS III 98-203 Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes.
Hans-Dieter Klingemann and Richard I. Hofferbert
- FS III 98-204 The Political Culture of Unified Germany
Dieter Fuchs
- FS III 99-201 Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation.
Christian Welzel und Thomas R. Cusack
- FS III 99-202 Analyzing Democratic Change and Stability: A Human Development Theory of Democracy.
Christian Welzel and Ronald Inglehart
- FS III 99-203 Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften.
Dieter Fuchs

Abteilung 3 "Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

- FS III 95-401 Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik.
hrsg. von Wolfgang Seifert

- FS III 95-402 Familie und Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik. Rückblick, Stand der Forschung und Design einer Lebensformtypologie.
Karin Schulze Buschoff
- FS III 95-403 Erwerbsverläufe in Ostdeutschland. Einflüsse und Folgen.
Horst Berger, Thomas Bulmahn und Wilhelm Hinrichs
- FS III 95-404 Sozialberichterstattung in und für Deutschland - ein Ziel, zwei Wege? Dokumentation einer Arbeitstagung zu „Sozialreport 1994“ - „Datenreport 1994“.
hrsg. von Roland Habich, Wolfgang Zapf und Gunnar Winkler
- FS III 95-406 Developments in Satisfaction Research.
Ruut Veenhoven
- FS III 95-408 Ökologisierung von Lebensstilen. Argumente, Beispiele, Einflußgrößen.
Katrin Gillwald
- FS III 96-401 Mobilität zur sozialen Teilhabe Älterer.
Heidrun Mollenkopf und Pia Flaschenträger
- FS III 96-402 Lebenszufriedenheit im europäischen Vergleich.
Ingeborg Weller
- FS III 96-403 Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften.
Thomas Bulmahn
- FS III 96-404 Happy Life-Expectancy. A comprehensive measure of quality-of-life in nations.
Ruut Veenhoven
- FS III 96-405 Response Style und Response Set. Eine Längsschnittuntersuchung zu den Zufriedenheits- und Einstellungsfragen im Sozio-ökonomischen Panel.
Jörg-Peter Schräpler
- FS III 96-406 Rethinking Modernization: Legacies of Parsons and Hilbert.
Edward A. Tiryakian
- FS III 96-407 Wohnortwechsel zwischen den Bundesländern im Kontext der Vereinigung.
Wilhelm Hinrichs
- FS III 97 - 401 Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten. Ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland
Steffen Mau
- FS III 97 - 402 Die Sozialstruktur der DDR. Versuch einer Rekonstruktion auf der Basis einer 1987 durchgeführten soziologischen Untersuchung
Siegfried Grundmann
- FS III 97 - 403 Lebensstile und Wohnverhältnisse
Annette Spellerberg
- FS III 97 - 404 Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland
Nicole Schneider
- FS III 97 - 405 Privathaushalte und Haushalten in Ostdeutschland
Annett Schultz
- FS III 97 - 406 Ein Fall von Car Sharing: Umweltentlastung durch soziale Innovation
Katrin Gillwald
- FS III 97 - 407 Soziologische Forschung in der DDR. Einige Aspekte der Arbeit des Wissenschaftlichen Rates
Rudi Weidig

- FS III 97 - 408 Sozialindikatorenforschung in der DDR. Wissenschaftstheoretische, forschungsorganisatorische und institutionelle Aspekte
Horst Berger
- FS III 97 - 409 Wohnbedingungen und ihre subjektive Wahrnehmung in Ostdeutschland 1990-97
Wilhelm Hinrichs
- FS III 97 - 410 Arbeitszeiten - Wunsch und Wirklichkeit in Ost- und Westdeutschland
Karin Schulze Buschoff
- FS III 97 - 411 Ein Suchen und Sichfinden im Gestern und Heute. Verändern die Ostdeutschen ihre Einstellungen und Haltungen zur Demokratie und gesellschaftlichen Mitwirkung?
Eckhard Priller
- FS III 98 - 401 Inequality and Support for Redistributive Policy: One World of Post-Communism, Two Worlds of Western Capitalism?
Jan Delhey
- FS III 98 - 402 Über die Möglichkeit einer kontinuierlichen und zügigen Fortsetzung des chinesischen Modernisierungsprozesses
Li Pengcheng
- FS III 98 - 403 Lebensstile im Zeitvergleich: Typologien für West- und Ostdeutschland 1993 und 1996
Annette Spellerberg und Regina Berger Schmitt
- FS III 98 - 404 Teilzeitbeschäftigte in Europa. Arbeitsbedingungen, Familienkontext, Motive und subjektive Bewertungen
Karin Schulze Buschoff und Jana Rückert
- FS III 98 - 405 Das Erwerbsverhalten von Frauen im europäischen Vergleich. Welche Faktoren beeinflussen Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche?
Karin Schulze Buschoff, Inge Weller und Jana Rückert
- FS III 98 - 406 Rette sich, wer kann? Die Krise der gesetzlichen Rentenversicherung und die Privatisierung der Altersvorsorge
Thomas Bulmahn
- FS III 98 - 407 Taking Stock: German Unification as Reflected in the Social Sciences
Thomas Bulmahn
- FS III 99 - 401 Wohnurbanisierung am Beispiel Berlin. Ein Erklärungsrahmen
Wilhelm Hinrichs
- FS III 99 - 402 Income Dynamics in Three Societies. An investigation of social dynamics using „old“ and „new“ types of social indicators
Zsolt Spéder, Roland Habich
- FS III 99 - 403 Inequality and Attitudes. Postcommunism, Western Capitalism and Beyond
Jan Delhey
- FS III 99 - 404 Social Reporting in the 1970s and 1990s
Wolfgang Zapf
- FS III 99 - 405 New Structures of Inequality. Some Trends of Social Change in Modernized Societies
Heinz-Herbert Noll

<p>Bitte die nächste Seite beachten! See the following page, please!</p>
--

Die Arbeitspapiere können bestellt werden/The discussion papers can be ordered:

Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)
Pressestelle
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Bestellungen von Arbeitspapieren: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die Arbeitspapiere vom WZB anfordern, eine **1 DM-Briefmarke pro Papier** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte Arbeitspapier einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von Arbeitspapier per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie Ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit Ihrer eigenen Adresse versehenen **Aufkleber** bei.

Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen - wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahme unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for Papers

We ask for a 1 DM-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are kindly requested to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.